

22.MAI 91

Hochdruck

ZEITUNG FÜR DIE STUDENTINNENSCHAFT DER THD No. 2 JAHRGANG 2



Mit Vollgas in
Richtung
Verkehrskonzept?

Lage der
StudentInnen-
vertretung



in Guatemala

VORWORT

Da ist er nun, der erste HochDruck im neuen ‚Gewand‘, sprich: mit neuem Seitenlayout und einheitlich ge,TeX‘tem Schriftbild. Schätzungsweise 100 Arbeitsstunden stecken in diesem Heft, ohne die Installation unseres neuen Computers. Auch wenn wir in Zukunft einen Teil dieser Arbeit ‚wegrationalisieren‘ können, wird der HochDruck aus Zeit- und Geldgründen vorerst nur noch alle drei Wochen erscheinen – doch Schluß mit der Heulerei, es ist ja geschafft, und wir können uns doch ein wenig stolz zurücklehnen.

Der Einwand, daß unter zuviel Perfektion die kritische Berichterstattung leide, weil das Augenmerk mehr auf Äußerlichkeiten als auf dem Inhalt liege, ist in den letzten Jahren durch viele professionelle Zeitungen (in Darmstadt z.B. den Übergriff) widerlegt worden. Vielmehr hat sich gezeigt (z.B. durch hohe Auflagen), daß Informationen so eher als seriös aufgenommen werden und viel besser in Konkurrenz treten können zu den häufig schlechter recherchierten Beiträgen der ‚großen‘ Zeitungen.

Und damit wären wir beim Thema: Laßt euch vom Recherche-GAU der verschiedenen lokalen Blätter betreffs der HEAG-Freikarte für alle StudentInnen nicht verwirren! Wie weit, oder vielmehr, wie wenig diese Sache bisher gediehen ist, erfahrt ihr auf der übernächsten Seite.

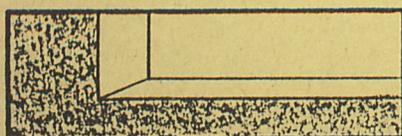
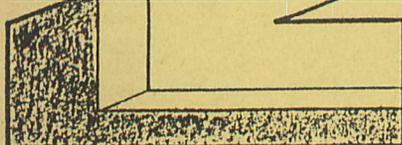
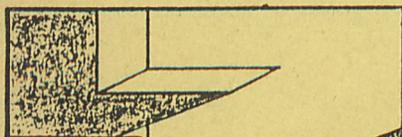
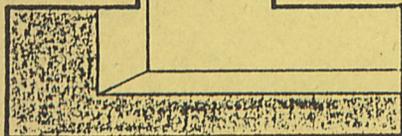
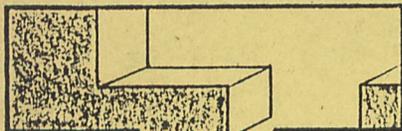
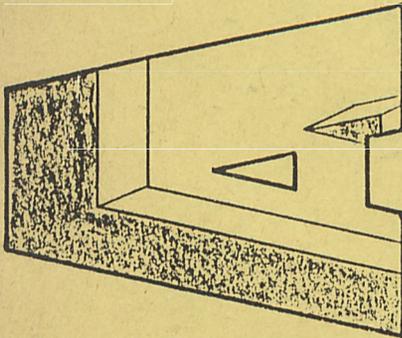
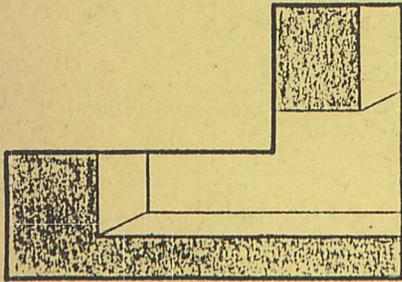
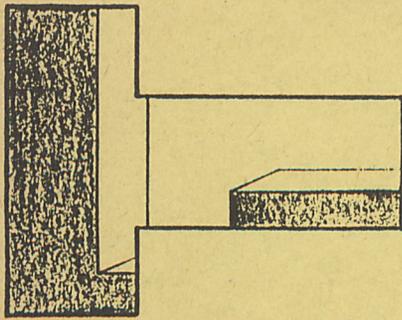
Im zweiten Titelthema lenken wir den Blick etwas über die engen Grenzen Darmstadts hinaus: auf die Unterdrückung der StudentInnenvertretung in Guatemala. Beate Koch, Mitglied einer Delegation von Frankfurter Studis, die im Sommer nach Mittelamerika fliegen wollen, schreibt im Vorfeld über die allgemeine Situation und über die Ziele der Reise.

Um dem Vortrag über die Entstehung neuer ‚Landschaften‘ durch den Braunkohle-Abbau im Ruhrgebiet (Referent der Firma ‚Rheinbraun AG‘) in der Reihe ‚Künstliche Natur‘ eine kritischere Darstellung entgegenzusetzen, veröffentlichen wir in diesem Heft einen Auszug aus dem Bericht der TAT-Reise vom letzten Sommer. Leider ließ sich der Artikel nicht, wie zuerst geplant, auf drei oder vier Seiten zurechtstutzen, so daß er jetzt mit zehn Seiten fast ein Viertel der Zeitung umfaßt.

Was noch? Mensaschließung, leicht satirische Vorstellung des neuen AStA, kulturelles Großereignis: schwul-lesbische Kulturwoche...

...und damit Schluß für heute.

Eure HochDruck-Redaktion



TH-Nachrichten

Mensaschließung: Ministerium gibt nach	4
Schließung des Elferbaus: Endgültige Regelung	8
Herrnmode? in der Beschaffungsstelle?	14
Parkhaus: Antwort des Ministeriums	21
AStA: Was macht der neue eigentlich?	24

Hochschulpolitik

HEAG-Studierenden-Ticket: Stand der Dinge	5
Ordnung über alles: Eine Fachschaft zieht um	7
Kontakta: Wissen als Ware?	9
Umweltschutz im Studium: Ergebnisse einer Podiumsdiskussion	15
Gewöhnen wir uns das Fernsehen ab	22

Ausland

Guatemala: Unterdrückung der StudentInnenvertretung	10
Kurdistan: StuPa-Resolution der Intern. Liste	19
CSFR: Auf der Suche nach neuen Strukturen	38

Ökologie

Braunkohle-Tagebau: Reisebericht des TAT	26
Ausschreibung des TAT-Förderpreises	36

Kultur

Gay-Life: Die schwul-lesbische Kulturwoche	17
GIGA-Trance	23

Leserinnenbrief

Zum neuen AStA	25
----------------------	----

Veranstaltungen/Termine

Sommerfeste	16
Bildungsangebot an der TH	40
Schloßkellerprogramm im Mai	42
Der überarbeitete Terminkalender	44

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. AStA der THD
Auflage: 2500 Stück
Redaktion: Volker Blees, Adam Both
Uli Franke, Heike Kaiser
Andreas Lauth
Erscheint: Alle 2-3 Wochen im Semester
Druck: AStA-Druckerei
Anzeigen: Polizeipräsidium im Schloß

VORWORT

Da ist er nun, der erste HochDruck im neuen ‚Gewand‘, sprich: mit neuem Seitenlayout und einheitlich ge,TeX‘tem Schriftbild. Schätzungsweise 100 Arbeitsstunden stecken in diesem Heft, ohne die Installation unseres neuen Computers. Auch wenn wir in Zukunft einen Teil dieser Arbeit ‚wegrationalisieren‘ können, wird der HochDruck aus Zeit- und Geldgründen vorerst nur noch alle drei Wochen erscheinen – doch Schluß mit der Heulerei, es ist ja geschafft, und wir können uns doch ein wenig stolz zurücklehnen.

Der Einwand, daß unter zuviel Perfektion die kritische Berichterstattung leide, weil das Augenmerk mehr auf Äußerlichkeiten als auf dem Inhalt liege, ist in den letzten Jahren durch viele professionelle Zeitungen (in Darmstadt z.B. den Übergriff) widerlegt worden. Vielmehr hat sich gezeigt (z.B. durch hohe Auflagen), daß Informationen so eher als seriös aufgenommen werden und viel besser in Konkurrenz treten können zu den häufig schlechter recherchierten Beiträgen der ‚großen‘ Zeitungen.

Und damit wären wir beim Thema: Laßt euch vom RechercheGAU der verschiedenen lokalen Blätter betreffs der HEAG-Freikarte für alle StudentInnen nicht verwirren! Wie weit, oder vielmehr, wie wenig diese Sache bisher gediehen ist, erfahrt ihr auf der übernächsten Seite.

Im zweiten Titelthema lenken wir den Blick etwas über die engen Grenzen Darmstadts hinaus: auf die Unterdrückung der StudentInnenvertretung in Guatemala. Beate Koch, Mitglied einer Delegation von Frankfurter Studis, die im Sommer nach Mittelamerika fliegen wollen, schreibt im Vorfeld über die allgemeine Situation und über die Ziele der Reise.

Um dem Vortrag über die Entstehung neuer ‚Landschaften‘ durch den Braunkohle-Abbau im Ruhrgebiet (Referent der Firma ‚Rheinbraun AG‘) in der Reihe ‚Künstliche Natur‘ eine kritischere Darstellung entgegenzusetzen, veröffentlichen wir in diesem Heft einen Auszug aus dem Bericht der TAT-Reise vom letzten Sommer. Leider ließ sich der Artikel nicht, wie zuerst geplant, auf drei oder vier Seiten zurechtstutzen, so daß er jetzt mit zehn Seiten fast ein Viertel der Zeitung umfaßt.

Was noch? Mensaschließung, leicht satirische Vorstellung des neuen AStA, kulturelles Großereignis: schwul-lesbische Kulturwoche...

...und damit Schluß für heute.

Eure HochDruck-Redaktion

Studentenwerk droht erfolgreich

Bauarbeiten an der Innenstadt-Mensa werden wieder aufgenommen!

Die stille Vorfreude war umsonst. Keine Verpflegung aus der Gulaschkanone, keine reißerischen Bilder von Studis auf Holzbänken im Mensa-Vorhof: Die Mensa blieb am 15. Mai offen. Nicht weil das StuWe den Schwanz eingezogen hatte, sondern, unglaublich aber wahr, weil die Bauarbeiten für den ersten Bauabschnitt demnächst wieder aufgenommen werden. Die Finanzministerin hat offenbar als Reaktion auf die Drohung mit den Ämtern, die die Bauarbeiten immer wieder verschleppt hatten (Oberfinanzdirektion Frankfurt, Bauabteilung des Finanzministeriums und natürlich das Staatsbauamt Darmstadt) einige klare Worte gesprochen. Die Aufträge sind bereits vergeben!

endlich ein Vollwert-Essen täglich auf die Beine zu stellen.



Der zweite Bauabschnitt umfaßt die Modernisierung der alten Küche und die Erweiterung der Speiseräume. Bevor hier etwas Konkretes geplant werden kann, ist das Ergebnis eines städtebaulichen Wettbewerbs zur Einbindung der TH in die Stadt abzuwarten, der schon seit langem seiner Auswertung harret. Entscheidungen über diesen Bauabschnitt sollen in wenigen Monaten getroffen werden. Trotzdem ist kaum anzunehmen, daß viele der heute Studierenden diese Mensa erleben, denn die oben erwähnten Ämter werden wieder an der Ausführung beteiligt sein.

Im ersten Bauabschnitt des Mensaumbaus soll am Eingang der Otto-Berndt-Halle (großer Speisesaal) eine Komponenten-Ausgabe nach dem Vorbild der Lichtwiese mit eigener Küche entstehen. Die Essenausgabe in der Mitte dieses Eingangs, berühmt für die auf der langen Reise erkalteten Mahlzeiten, kann dann stillgelegt werden; diese Maßnahme wird die Küche entlasten, da dort momentan an zwei Produktionsstraßen drei verschiedene Essen produziert werden. Eine entlastete Küche macht die Essensplanung flexibler; es sollte dann auch möglich sein,

Die Sanierung des undichten Bodens in der Küche der Mensa Lichtwiese ist nicht zugesagt, das Finanzministerium will jedoch demnächst Stellung beziehen. Bis dahin wird die Suppe wohl noch weiter durch die Decke in die darunterliegende BAFöG-Beratung tröpfeln...

(uf)

Studentinnenausweis als Semester-Fahrkarte der HEAG

„Eine Pioniertat“ (Darmstädter Echo vom 2.5.91), deren Verwirklichung allerdings noch in der Schwebe sei; in der FAZ vom 26.4.91 steht es gar bereits fest, daß der Studentinnen-Ausweis künftig auch als Fahr-schein gilt. Die taz weiß zu berichten, daß ‚das Ministerium‘ (welches?) abgewunken habe. Was ist denn nun tatsächlich los, gibt es und wann jene legendäre ‚Studierenden-karte‘?

Glauben wir den Herren Klein und Fischer vom Regierungspräsidenten (RP) bzw. von der HEAG, so käme es beiden ‚Institutionen‘ sehr gelegen, ein Studentinnen-Ticket für Darmstadt zu realisieren; der einen aus ver-kehrspolitischen und ökologischen Gründen (was auch immer das sei), der anderen zur ökologischen Imagepflege und zum ‚gerechten‘ Ausgleich zum bereits vorhandenen ‚Firmenticket‘. Beide verweisen auf’s oder an’s Ministerium – vermutlich das für Wirtschaft und Technik, welches für ‚Abrechnung auf der Grundlage des Personenbeförderungsgesetzes‘ zuständig ist.

Damit wird auch das Kalkül der HEAG deutlich: Sie rechnet die Kosten der Benutzung des HEAG-Netzes für eine bestimmte Anzahl von Menschen aus – hier die Zahl der Studentinnen der FH –, zieht davon die Zuschüsse ab, die sie nach Personenbeförderungsgesetz abrechnen kann und teilt den Restbetrag durch die Zahl der ‚Betroffenen‘, was für die FH beispielweise DM 14 pro Semester ausgemacht haben soll (...‚böse Zungen‘ behaupten, der liebe Jo und der ebenso liebe Antonio hätten nur ‚schlecht‘ verhandelt, in ‚Wirklichkeit‘ hätte dabei ein Betrag unter DM 10 herauskommen müssen; Tatsache ist, daß die gesamte ‚Aktion‘ bisher am AStA der FH vorbeiläuft und keiner – außer den beiden genannten – so recht weiß, was überhaupt los ist und die beiden sich ‚anar-

chistisch‘ bedeckt halten in der Preisgabe von Informationen...).

Der RP wiederum ist beteiligt, weil er als Aufsichtsbehörde jeweils neue Tarife abzu-segnen hat. So, und aktueller Stand ist nun folgender: die HEAG hat ‚prüfend‘ die Fühler Richtung RP und Ministerium ausgestreckt, der RP seinerseits läßt beim Ministerium ‚vorfühlen‘, im Ministerium selbst ‚rauchen‘ die Köpfe (weil hier natürlich die ‚Zahlen‘ hochgerechnet werden, falls ALLE hessischen Universitäten und FHs etc mit ähnlichen Anliegen kommen), kurz: das Ganze befindet sich in einer sogenannten ‚Vorprüfungsphase‘... D.h. weder die FH hat bereits einen Vertrag mit der HEAG ausgehandelt oder abgeschlossen, noch die HEAG hat einen Antrag in dieser Sache gestellt.



Unser Freund Helmut Böhme hält sich de- zent zurück: er fordert zwar schon seit 20 Jahren ein derartiges Konzept, greift hier je- doch nicht unterstützend ein, weil die Stu- dentinnen der FH signalisiert hatten, alles al- lein machen zu wollen, der AStA der TH sich

bedeckt hielt und er sich keinen Rüffel einfangen wollte, er handele über die Köpfe der Studentinnen hinweg. Ulf Kaufmann vom Studentenwerk (StuWe) teilte denn dem Ministerium auch mit, NUR der AStA der FH sei an einer Fahrkarte für alle interessiert, der AStA der TH zeige überhaupt kein Interesse. (Basiert auf dieser Information vielleicht die Darstellung der FAZ, eine solche Karte sei eh nur für die FH interessant, weil dort massive Parkplatzprobleme existierten, während die TH ja gerade ein neues Parkhaus bekommen hätte und an der Lichtwiese ausreichend Parkanlagen ausbaue???)



*Ich habe keine Fahrkarte,
weil ich mich an den Einsparungen
im öffentlichen Dienst beteiligen möchte!*

WIR haben von der gesamten Aktion spätestens erst mit Veröffentlichung des Darmstädter Echos erfahren, eventuelle Kontakt- und Informationsversuche von der FH – so sie stattgefunden haben, betrachtet mensch jenes legendär-anarchistische Verhalten, das weiter oben beschrieben wird – sind in den lichten und weiten Hallen des AStA irgendwo, tja sagen wir ‚verhüllt‘...

Nun aber haben wir uns – was dieser Bericht implizit sehen läßt – umfassend informiert, bekennen Farbe und rufen: auch die Studentinnen der TH wollen eine Studentinnen-Karte im Netz der HEAG! Unsere weitere Vorgehensweise: wir recherchieren via eigener Briefe, was als Ergebnis die ‚rauchenden‘ Köpfe welcher ‚Ministerialer‘ verlassen hat, ob die bestehenden Gesetze zum Beispiel ein Erhöhung der Semestergebühren für eine solche Fahrkarte zulassen, bzw. wie wir eine ‚Interpretation‘ formulieren müssen, damit sie es zulassen, wie ein Vertrag mit der HEAG aussehen müßte, kurz: wir unternehmen ALLES, damit eine solche Initiative zu einem erfolgreichen Ergebnis führt (und nicht – wie in Stuttgart und Mannheim – versandet).

Allein, die Mühlen der Verwaltungen werden uns zermahlen, bleibt Initiative und Unterstützung von Euch aus: eine erste Hochrechnung der HEAG ergab für Hessen ein Kostenvolumen von DM 50 Millionen (im Landeshaushalt 1990 waren für derartige Abrechnungen DM 45 Millionen veranschlagt) und wir befürchten, daß diese Initiative mit Haushalts- und juristischen Begründungen abgewürgt wird. Ihr könntet also mit Fachschaftsbeschlüssen oder, oder, oder uns signalisieren, daß ihr die Initiative unterstützt, so daß wir in dem Bewußtsein handeln können, wir werden in dieser Sache von der Mehrheit oder allen Studentinnen der TH ‚getragen‘.

Ergebnisse, Anregungen etc bitte an mich

harald hellweg-mahrt



Eine Fachschaft zieht um

oder: Unsere Hochschule soll schöner werden

In unserer Hochschulverwaltung gibt es einen Bauausschuß. Dieser hat unter anderem die verantwortungsvolle Aufgabe, die vorhandenen, knappen Räumlichkeiten sach- und fachgerecht an alle Nutzer zu verteilen. In Wahrnehmung dieser Aufgabe wurde schon vor Jahren der Beschluß gefaßt, eine Flurbereinigung durchzuführen: ähnliches, was schon in den 70er Jahren mit den Fluren (d.h. den Feldern und Wiesen) der Bundesrepublik geschah, sollte nun auch den Fluren (d.h. hier wirklich den Fluren) der TH Darmstadt widerfahren. Statt wie bisher alle möglichen Fachbereiche, Verwaltungsabteilungen und Institute in chaotischer räumlicher Mischung zu belassen, sollte fortan ein strikte Trennung erfolgen: Bauingenieure zu Bauingenieurinnen, Maschinenbauer zu Maschinenbauerinnen, Mechaniker zu Mechanikerinnen...



Fraglos ein sinnvolles, wenngleich ein schwieriges Unterfangen, der Übersichtlichkeit und Arbeitserleichterung im hohen Maße dienlich.

Die Flurbereinigung betraf und betrifft im wesentlichen das ‚Alte Hauptgebäude‘ und hier insbesondere die Fachbereiche Bauingenieurwesen und Maschinenbau. Von ersteren soll im folgenden die Rede sein.

Nach langen Diskussionen und Vorbereitungen zog im WS 89/90 das Dekanat Bauingenieurwesen vom Elferbau in die Alexanderstraße 25, weitab vom Schuß der Studierenden. Die Sekretärinnen dürften das Ausbleiben der bisherigen Laufkundschaft mit Befriedigung registriert haben, schließlich blieb der Umzug soweit unbekannt und -bemerkt, daß noch vor zwei Wochen ein Zehntsemester das Dekanat am alten Platz suchte. Das ZiT zog in die freigewordenen Räume ein, lediglich die Fachschaft Bauingenieurwesen verblieb vorerst gleich daneben, in ihrem angestammten, lieb gewordenen und vertrauten Raum.

Doch auch die Fachschaft sollte umziehen, denn das ZiT benötigte deren Raum für eine Stiftungsprofessur und wenn einE StiftungsprofessorIn kommt, muß logischerweise eine Fachschaft stiften gehen.

Ein erster Umzugsvorschlag seitens der Raumverwaltung Mitte 1990 scheiterte an der Größe des vorgeschlagenen Raumes (ca. 12 m²), da der Fachschaftsrat darauf bestand, weiterhin Sitzungen und nicht Stellungen abzuhalten. Doch schon der zweite Vorschlag vom März dieses Jahres führte zum gewünschten Erfolg; die Fachschaft zog glücklich Mitte April 20 Meter weiter auf die andere Seite des Flurs in Raum 11/51. Daß es den zuständigen technischen Abteilungen wahrscheinlich in nächster Zeit nicht gelingen wird, der Fachschaft Schlüssel zu diesem Raum zur Verfügung zu stellen und wer in den Raum will, auf das Wohlwollen der Pfortner als Generalschlüsselwächter angewiesen ist, sei nur am Rande erwähnt.

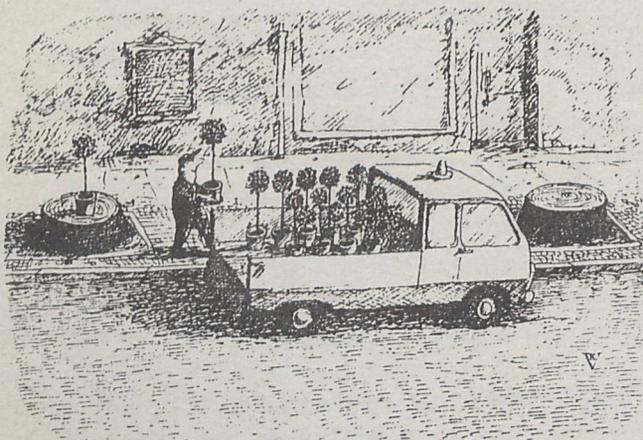
Interessanter ist vielmehr, daß, wie dem Schreiben der Raumverwaltung zu entneh-

men ist, „der Bauausschuß [...] die Fachschaftsräume im Bereich der Fachgebiete sehen [möchte], weshalb die von daher isolierte Situation der Fachschaftsräume Bauingenieurwesen und Maschinenbau im ‚Alten Hauptgebäude‘ sicher ein Dauerthema bleiben wird.“

Der Bauausschuß möchte also sehen, und zwar die Fachschaft woanders. Am besten beim Dekanat. Weit weg.

Umkehrschluß: Der Bauausschuß möchte nicht sehen, daß Fachschaften, im Gegensatz zu Dekanaten, Instituten, Verwaltungsräumen usw. auf Präsenz an zentraler Stelle angewiesen sind. Daß ein räumliches Abseits des Fachschaftsraums mit seinen Aushängen und schwarzen Brettern wegen des mangelnden Kontaktes zwischen Studierendenmasse und aktiven FachschafterInnen den Tod von sinnvoller Fachschaftsarbeit bedeuten kann. StudentIn kommt eben öfter zufällig durchs ‚Alte Hauptgebäude‘ als beispielsweise zufällig in die Alexanderstraße 25.

Und weil die eingangs geschilderte Flurbereinigung auch gleich ein Flurverschönerung nach sich ziehen soll, wurde der Fachschaft verboten, ihren neuen Sitz mit einem größeren als dem üblichen Mini-Standard-Türschild zu versehen. Soll heißen: Wenn ihr schon so zentral sitzt, dann fällt wenigstens nicht auf! Wo kämen wir denn auch hin, wenn schon nach außen deutlich würde, wie sehr sich Fachschaftsarbeit von Dekanats-, Instituts- und Verwaltungsarbeit inhaltlich und strukturell unterscheidet.



Alle Türen gleichschalten! Alle Schilder normieren! Wir wünschen uns ein klinisch reines ‚Altes Hauptgebäude‘, denn: unsere Hochschule soll schöner werden.

(vb)

Kurze Notiz

zur Schließung des Alten Hauptgebäudes

Über das ‚Für‘ und vor allen Dingen das ‚Wider‘ dieses Vorhabens unserer recht- und ordnungswütigen Hochschulverwaltung haben wir uns in den letzten HochDrücken umfassend ausgelassen, eine kurze Aufzählung der Schikanen ab dem ersten Juni sollte also genügen:

- Das Gebäude bleibt in der Zeit von 23 bis 6 Uhr geschlossen. Zugang haben nur ‚Berechtigte‘, z.B. Mitglieder von Gruppen, die ihre Räume in dem Gebäude haben, BenutzerInnen von Zeichensälen, des Sprachlabors, usw, usf.
- Sonn- und Feiertags ist der Bau ganztägig geschlossen.
- Über die ‚Berechtigung‘ entscheiden die Pförtner.
- Was mit Veranstaltungen los ist, die länger dauern als bis 23 Uhr oder die sonntags stattfinden, geht nicht aus dem Rundschreiben hervor. Sicher hat die Verwaltung auch hier einen ‚praktikablen‘ Weg gefunden.

Ausführliches Kommentar und ‚Entscheidungsfolgenabschätzung‘ siehe z.B. im letzten HochDruck.

Unser Wissen ist nur Ware

Was soll die ‚Kontakta‘?

In der letzten Woche wurde von der Hochschule die dritte ‚Kontakta‘ (Studenten treffen Firmen) veranstaltet. Eigentlich eine ganz gute Sache, wenn man sich anschaut, welchen Anklang diese Veranstaltung alljährlich bei den Studis findet. Trotzdem halten wir es für angemessen, Sinn und Zweck dieses Spektakels zu hinterfragen.

Daß Wirtschaft und Hochschule Hand in Hand gehen, ist nichts Neues. Denn „...es gilt also, neue Produkte für neue Wachstumsmärkte zu entwickeln. [...] Nur durch die Steigerung unseres Innovationstempos werden wir in der Lage sein, unsere rasch wachsenden Importe durch immer qualifiziertere Produkte und Dienstleistungen im Exportbereich auszugleichen.“ (Lothar Späth).

Für die Entwicklung dieser qualifizierten Produkte sind die Hochschulen mit ihren Einrichtungen und Arbeitskräften entscheidend. Auch die TH Darmstadt mischt mit: so werden zum Beispiel an den Instituten des Fachbereichs Maschinenbau Studienarbeiten vergeben, die sich unter anderem mit der Stabilisierung instabiler Flugkörper beschäftigen. Nicht genannt wird jedoch, daß die Ergebnisse direkt in die Entwicklung von Kampfflugzeugen (Jäger 90) einfließen.

Unwissend fungieren hier StudentInnen als ‚erfinderische Zwerge‘. Aber diejenigen, die zur Kontakta laufen, können sich nicht hinter ihrer Unwissenheit verbergen. Denn sie laufen auch zu Firmen wie zum Beispiel Siemens, Daimler Benz AG, Degussa AG, die bekanntermaßen an dem letzten Golfkrieg mitverdient haben. Wer produziert, kalkuliert die Konsumtion; in diesem Falle auch den Krieg.

Doch auch Firmen, die nicht direkt in der Rüstungsbranche tätig sind, wenden sich mit ihren profitorientierten Interessen gegen Mensch und Natur.

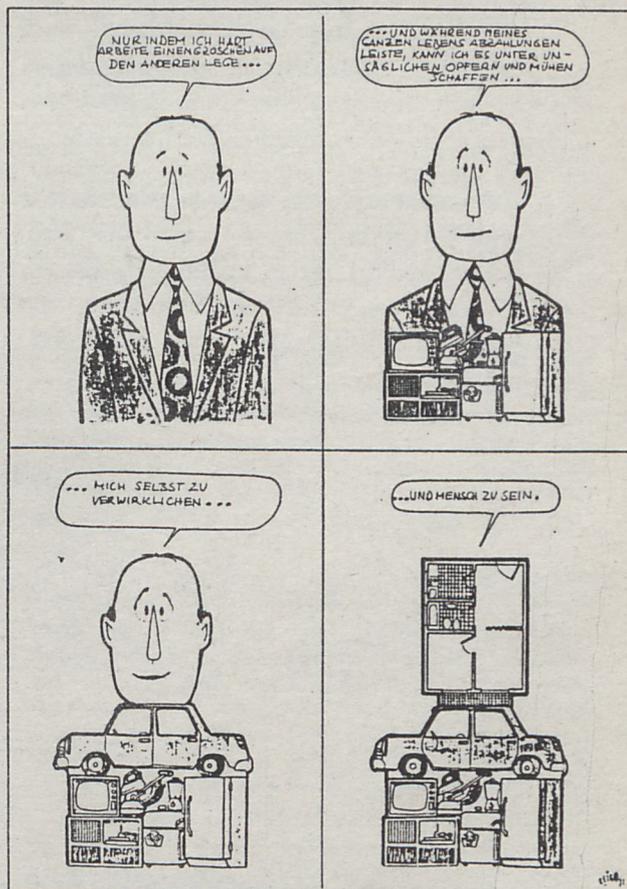
Es geht uns nicht darum, einzelne Firmen zu verteufeln, sondern aufzudecken, daß

im Gefüge Hochschule-Wirtschaft die Hochschule mehr und mehr zu einem ‚Supermarkt des Wissens‘ verkommt. Ihre Ziele werden dadurch: Prägung von marktgerechten, hochqualifizierten Arbeitskräften, sowie Erstellen von Produkten geistiger Arbeit.

Die Marktorientiertheit dieser Einrichtungen äußert sich zum Beispiel in den Kürzungen und Einschränkungen der Mittel und Möglichkeiten der Geisteswissenschaften, da deren Ware weniger lukrativ ist. Sie können keinen: „...pragmatisch verwertbaren Beitrag zur Orientierung im technisch-wissenschaftlichen Evolutionsprozeß leisten.“ (L. Späth)

Wir hinterfragen die Zwecke und Ziele des Unternehmens Hochschule und ihres Studihandels: der Kontakta!

AStA THD



Vorrede

zum nachfolgenden Bericht über Guatemala

Nachfolgenden Artikel bekamen wir von eine achtköpfigen Gruppe von AktivistInnen aus Frankfurt am Main, die am 20. August für vier Wochen nach Guatemala-Stadt fliegen werden. Die Gruppe besteht aus drei Studis der FS Medizin (JWG-Uni), drei Studis der FS Soziales (JWG-Uni), einer Person von der ‚Initiative im Gesundheitswesen‘ und einer Frau aus dem Frankfurter Frauen-Gesundheitszentrum (FFGZ).

Die Ziele dieser Fahrt sollen sein:

- Bekundung der Solidarität mit der AEU (Asociación de Estudiantes Universitarios, \cong AStA) sowie deren Unterstützung
- Vertiefung bestehender Kontakte
- Information über die gesundheitlichen Bedingungen des guatemalteckischen Volkes unter den anhaltenden Repressionen (direkt vom Militär, der staatlichen und politischen Polizei) und die weiterhin unbefriedigenden sozio-ökonomischen Verhältnisse
- Untersuchung, ob eine kontinuierliche und sinnvolle Unterstützung des Projektes ‚Medizinische Ambulanz‘, das am 22. Mai vom AEU eröffnet wird, von hier aus (im Moment noch Frankfurt) möglich ist

Die Notwendigkeit des Engagements der Frankfurter Gruppe wurde am Mittwoch, den 15.5.91, zusätzlich unterstrichen. In einem Telefongespräch mit VertreterInnen der AEU hatten selbige wieder Tote aus ihrer Organisation zu beklagen.

Daß die Unterstützung des guatemalteckischen Volkes nicht ausreichend mit einem einzigen Besuch zu bewerkstelligen ist, ist der Frankfurter Gruppe bewußt. Sie sehen auch die Gefahr der Diskontinuität ihres Projektes, auf der einen Seite begründet durch die studentische Fluktuation an der Universität, auf der anderen in der in Guatemala vorherrschenden politischen Struktur, die regelmäßige Besuche von deutschen StudentInnen von einem Tag auf den anderen unterbinden kann.

Doch gerade die Form des studentischen Austausches liefert einen entscheidenden Beitrag zur Entschleierung der repressiven Innenpolitik der guatemalteckischen Führung. Die Frankfurter können diesbezüglich Kontakte nach Guatemala vermitteln und haben vor, nach ihrer Rückkehr Veranstaltungen durchzuführen. Der AStA der TH Darmstadt begrüßt die Aktionen der Frankfurter Gruppe und wird eine Zusammenarbeit anstreben, die über das rein Informelle hinausgehen wird.

Kontakt: Fachschaft Medizin Frankfurt
Theodor Stern
Kai 7, Haus 28
6000 Frankfurt 70
Tel.: 069/63 76 75

AStA THD
Info-Referat (Adam)



Guatemala

Bericht über die Unterdrückung des guatemaltekischen StudentInnenverbandes

Von Anfang Januar bis Ende März besuchte eine Delegation des guatemaltekischen StudentInnenverbandes AEU¹ verschiedene Asten in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern. Dieser Besuch hatte zum Ziel, über die politische Situation in Guatemala und die massiven Menschenrechtsverletzungen im Land zu informieren sowie internationale Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen.

Geschichte

Die Geschichte Guatemalas in diesem Jahrhundert ist weitgehend geprägt durch Militärdiktaturen. Das mittelamerikanische Land hat wie kaum ein anderes unter Kolonialismus, Fremdbestimmung und Ausbeutung gelitten. Einheimische Oligarchie der Großgrundbesitzer und ausländisches Kapital sind bis heute verantwortlich für die Ausbeutung und Unterdrückung der größten Teile der Bevölkerung.

1944 kam es nach einem Massenstreik zum Sturz des damaligen Diktators Ubico unter Beteiligung des Kleinbürgertums, Intellektueller und Teilen des Militärs. Erstmals in der Geschichte Guatemalas gab es nach dieser bürgerlichen Revolution freie Wahlen und eine liberale Verfassung.

Neue Pachtgesetze zwangen die Großgrundbesitzer zur Verpachtung brachliegenden Landes an die Bauern, die bestehenden Besitzverhältnisse blieben aber im Grunde unangetastet.

Als jedoch 1951 unter der Regierung Arbenz im Zuge einer Agrarreform große Teile brachliegenden Landes der United Fruit Company, einer US-amerikanischen Gesellschaft für Bananenbau und Export, enteignet werden sollten, beschuldigte man die Regierung von US-amerikanischer Seite, kommunistisch unterwandert zu sein. Die United Fruit Company besaß zu dieser Zeit nicht nur große Ländereien für ihre Plantagen, sondern kontrollierte auch die dazugehörige Infrastruktur, wie Eisenbahnen, Straßen, Häfen etc. um den reibungslosen Ablauf des Bananenhandels zu sichern. Damit war sie eine der maßgeblichen wirtschaftlichen Mächte im Land. Arbenz wollte versuchen, mit seinem Regierungsprogramm eine unabhängigere wirtschaftliche Entwicklung Guatemalas zu erreichen. Dadurch lief er entscheidenden Interessen der United Fruit Company entgegen. 1954 stürzten vom CIA in Nicaragua und Honduras ausgebildete und ausgerüstete Söldnertruppen die Regierung Arbenz unter dem Beifall der Militärs und der Großgrundbesitzer und setzten Oberst Castillo Armas als Präsidenten ein. Politische Re-

pression nach links wurde die Regel, die Agrarreform rückgängig gemacht und enteignetes Land an die früheren Besitzer zurückgegeben. Eine erneute Phase von Diktaturen, massiven Terrors und Unterdrückung der Bevölkerung bestimmten die nächsten Jahrzehnte.

1960 revoltierten einige junge Offiziere unter dem Eindruck der kubanischen Revolution gegen die Militärführung. Nach einem mißlungenen Putschversuch zogen sie sich in die Berge und das angrenzende Honduras zurück. Aus ihnen und Teilen der Arbeiterbewegung entstand die guatemaltekische Guerilla. 1981 schlossen sich die verschiedenen Einheiten der Guerillabewegung zur URNG² zusammen.

Mit Programmen zur Aufstandsbekämpfung von Seiten der Militärs wurden vor allem seit 1978 die ländlichen Gebiete des guatemaltekischen Hochlandes mit beispiellosen Vernichtungsoffensiven überzogen. Der fanatische, religiöse Diktator und Antiguerrillaspezialist Rios Montt ging 1982 zum offenen Krieg gegen die Landbevölkerung über. In dieser Zeit wurden über 400 Dörfer zerstört, eine Millionen Menschen vertrieben, Tausende ermordet und verschleppt, und über 200.000 Menschen flohen ins Ausland. In besonderem Maße hatte die indianische Bevölkerung (ca. 50 Prozent der Gesamtbevölkerung) zu leiden. Als traditionell diskriminierte, marginalisierte Gruppe wurde sie schon immer als Nährboden des Widerstandes angesehen und bekämpft.

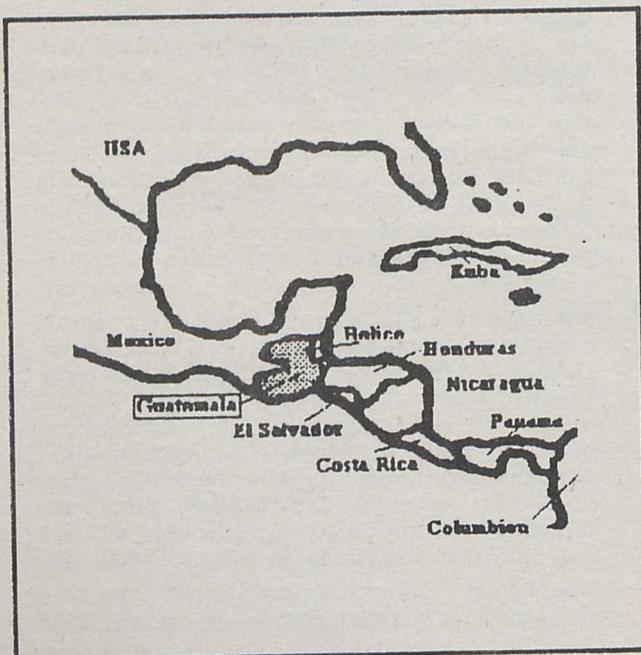
Als 1983 die Regierung unter Rios Montt aufgrund internationaler Kritik und Isolierung für Oligarchie und Militär nicht mehr tragbar war, wurde er von seinem Verteidigungsminister General Mejía Victores gestürzt. Um die internationale Anerkennung zurückzugewinnen, begann man mit einer "Demokratisierung" des Landes, ohne daß dabei jedoch Militär und Oligarchie auf ihren Einfluß verzichteten. Auch nach der Übernahme der Regierung durch die christdemokratische Partei im Jahre 1985

² URNG = Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca

hörte die Repression gegen Teile der Bevölkerung nie auf. Die Militärs verstanden es nach wie vor, die Bevölkerung zu kontrollieren und einzuschüchtern, z.B. durch Aufbau sogenannter Modelldörfer in Konfliktzonen des Landes und den Zwang, in diesen Dörfern bewaffnete Zivilmilizen zu bilden. Repräsentanten oppositioneller Gruppen, Organisationen und Vereinigungen werden weiterhin systematisch verfolgt und ermordet. Die Bilanz der letzten 30 Jahren ist eine Zahl von 100.000 Toten und 40.000 Vermissten.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland greift Guatemala seit 1987 mit einem "Polizei-hilfeprogramm" unter die Arme. Langzeitberater wurden ins Land geschickt, guatemaltekeische Polizisten in der Bundesrepublik ausgebildet mit dem Ziel, ein "demokratisches Bewußtsein" bei der Polizei zu entwickeln. Menschenrechtsorganisationen und Familienangehörige von Opfern sind sich jedoch einig, daß dieses Hilfsprogramm eher dazu beiträgt, die Repression zu verstärken. Das Projekt wurde nach zunehmender Kritik Anfang 1991 eingestellt.

Aus den im November 1990 und Januar 1991 durchgeführten Präsidentschaftswahlen ging der Evangelikale Jorge Serrano als Sieger hervor, ein ehemaliges Regierungsmitglied des Diktators Rios Montt. Er versprach die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft und erklärte sich zu Gesprächen mit der Opposition und der Guerilla im Lande bereit. Die Wahlbeteiligung lag bei 50 Prozent der eingeschriebenen Wahlberechtigten (3,2 Millionen), wobei 1,1 Millionen WahlbürgerInnen, vornehmlich ländlicher Gebiete, gar nicht eingeschrieben wurden.



Gesundheit

Die medizinische Versorgung in Guatemala ist wesentlich schlechter als in den meisten anderen süd- und mittelamerikanischen Ländern. Weite Teile des Landes sind unterversorgt oder vollkommen ohne medizinische Betreuung. Mangel- und Fehlernährung, sowie schlechte Wohnverhältnisse großer Teile der Bevölkerung sind die Ursache für das Auftreten der meisten Krankheiten. 70 Prozent der gesamten und 80 Prozent der Landbevölkerung leben in extremer Armut. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt insgesamt bei 57,8 Jahren, auf dem Land sogar nur bei 41 Jahren. Die Hälfte der Bevölkerung kann nur etwa 61 Prozent ihres Kalorien- und 51 Prozent ihres Eiweißbedarfs decken. 75 Prozent aller Kinder leiden an Unterernährung, die Sterblichkeitsrate liegt bei 35 Prozent vor Erreichen des 15 Lebensjahres. Die häufigsten registrierten Erkrankungen sind Malaria, Grippe, Amoebiasis und Tuberkulose gefolgt von anderen Infektionskrankheiten. Die häufigsten Todesursachen sind Durchfallerkrankungen, Ernährungsmangelkrankheiten, Pneumonien und andere Infektionen, Krankheiten, die bei ausreichendem Ernährungszustand nicht zwangsläufig tödlich wären.

Das öffentliche Gesundheitswesen befindet sich in einer finanziellen Krise. Krankenhäuser und ausreichend medizinisches Personal sind nur in größeren Städten, beziehungsweise nur der Hauptstadt vorhanden. Die staatlichen Krankenhäuser sind extrem schlecht ausgestattet. Eine Ausnahme bilden die Privat- und Militärkrankenhäuser, die jedoch nur einer privilegierten Schicht vorbehalten sind. Auf dem Land gibt es sogenannte Gesundheitsposten, die mit Hilfspflegepersonal und MedizinstudentInnen im letzten Studienjahr besetzt werden. Ihre Aufgaben sind vor allem Gesundheitsvorsorge und -beratung. Die regionale Verteilung dieser Posten ist unausgewogen, zum Teil sind sie wegen Personalmangels und unzureichender Ausstattung nicht funktionsfähig. Als größere Einheiten, vorgesehen für eine Region mit ca. 15.000 Einwohnern, bestehen Gesundheitszentren in kleinen Städten mit Ärzten und ausgebildetem Pflegepersonal. Auch hier bleibt die tatsächliche Kapazität hinter der geplanten weit zurück. Die ländliche Bevölkerung und vor allem die Indianer im Hochland werden vom staatlichen Gesundheitswesen gar nicht erfaßt. Für sie sind die Gesundheitszentren zu Fuß oft nicht erreichbar, abgesehen davon, daß Medikamente für sie ohnehin unbezahlbar sind.

Die AEU

Die AEU entspricht als offizieller Dachverband aller Studierenden der USAC³ in et-

³ USAC = Universidad de San Carlos de Guatemala

wa unseren ASten. Die USAC ist die einzige staatliche Universität in Guatemala mit ca. 70.000 Studierenden. Die AEU engagiert sich in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Bauernorganisationen gegen Diktatur und Unterdrückung. Durch ihre politische Arbeit sind die Mitglieder der AEU massiven Repressionen ausgesetzt. So wurden im Zuge der im Herbst 1989 einsetzenden erneuten Repressionswelle zehn studentische VertreterInnen der AEU entführt und wenige Tage später fünf von ihnen gefoltert und ermordet auf dem Uni-Campus aufgefunden. Von den anderen fehlt bis heute jede Spur. Die polizeilichen Untersuchungen hinsichtlich der Morde verlaufen schleppend und zeugen von mangelhaftem Willen nach Aufklärung der Hintergründe.

Die AEU war nach diesen Ereignissen praktisch zerschlagen und ihre Mitglieder gingen zum Teil nach Mexico ins Exil. Als im April 1990 weitere vier StudentInnen der Universität San Carlos ermordet wurden, wandte sich die AEU aus dem Exil mit einem Hilferuf nach Solidarität an befreundete deutsche ASten. Eine Delegation mit neun VertreterInnen der Unis Frankfurt, Freiburg, Kassel und Berlin fuhr für zwei Wochen nach Guatemala, um Gespräche mit Regierungs-, Militär- und JustizvertreterInnen zu führen, nach dem Verbleiben der Entführten und den polizeilichen Untersuchungen zu fragen. Ziel dieser Gespräche war es, zu zeigen, daß die AEU internationale Kontakte unterhält und Repressionen gegen Studierende entsprechende internationale Aufmerksamkeit und Protest hervorrufen.

Im Laufe des letzten Jahres konnte sich die AEU reorganisieren und hat jetzt ihre Arbeit wieder vollständig aufnehmen können. Von Januar bis März konnten zwei VertreterInnen auf Einladung bundesdeutscher ASten einen Gegenbesuch in Europa machen. Bei ihrer Rundreise durch die Bundesrepublik wurden Kontakte zu befreundeten ASten und Fachschaften vertieft. Unter anderem nahmen sie auch Kontakt zu unserer Fachschaft auf, um uns als eines ihrer Projekte eine ambulante

Poliklinik in Guatemala-Stadt vorzustellen. Die Eröffnung dieser Klinik ist demnächst geplant. Sie wird von engagierten MedizinstudentInnen und ÄrztInnen der Uni betreut. Geplant ist außerdem die Ausdehnung einer entsprechenden Versorgung und Gesundheitsberatung auf ländliche Gebiete, vor allem die Hochebenen, wo jegliche medizinische Versorgung fehlt.

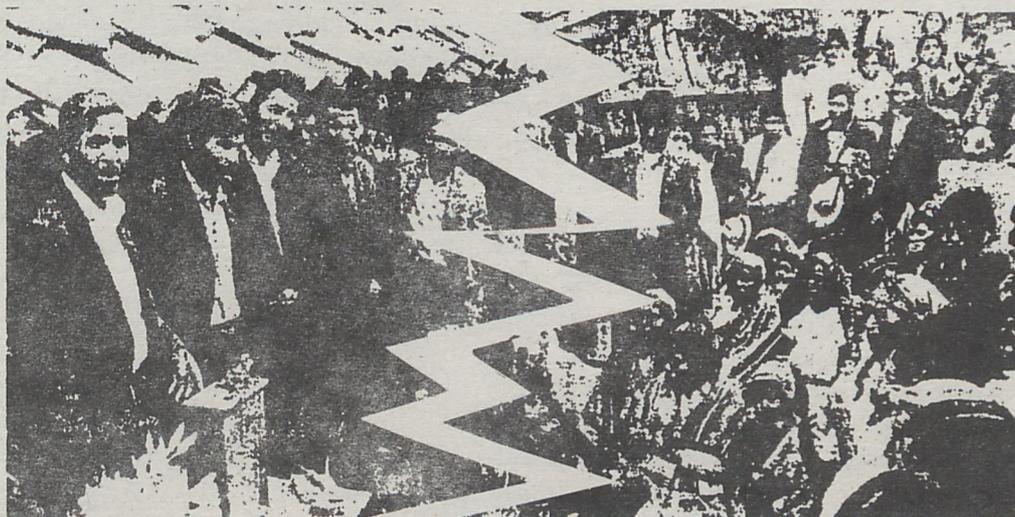
Die VertreterInnen der AEU baten uns um Unterstützung für dieses Projekt. In der gegenwärtigen politischen Situation in Guatemala ist die Arbeit und die Anerkennung der AEU und damit auch die Realisierung ihrer Projekte von ihrer Stärke abhängig. Internationale Kontakte und damit verbundene öffent-



lichkeit tragen dazu bei, diese zu sichern. Daneben ist auch eine finanzielle und materielle Hilfe nötig, da es in der Klinik zur Zeit selbst an einfachsten Mitteln fehlt.

Aufgrund des Besuches hat sich hier eine Gruppe interessierter Leute gefunden, die diese Unterstützungsarbeit aufnehmen wollen. Im Juli werden acht Leute aus dem Gesundheitsbereich und der Fachschaft Medizin auf Einladung der AEU für vier Wochen nach Guatemala fliegen. Dabei sollen vor Ort die Möglichkeiten und Formen einer Unterstützungsarbeit erörtert werden, als Boden und Voraussetzung weiterer kontinuierlicher Zusammenarbeit.

Wer an weiteren Informationen über Guatemala, die AEU oder die Arbeit der Unterstützungsgruppe interessiert ist, kann diese über die Fachschaft erhalten.



Aus der Modeabteilung der Hochschulverwaltung

An die
Dekane der Fachbereiche 1 - 21
und Dienststellenleiter
der Technischen Hochschule Darmstadt

im Hause

Aktenzeichen

IG

Bearbeiter

Dr. Schieck

Tel.-Durchwahl

2997
(0 61 51) 16

Datum

27. Februar 1991

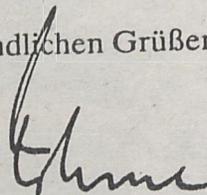
Betr.: Verkauf von Krawatten mit dem Signet der TH Darmstadt

Sehr geehrte Herren,

im zurückliegenden Jahr habe ich unter Verwendung von Spendengeldern Krawatten mit dem Signet der TH Darmstadt herstellen lassen. Diese Krawatten waren in erster Linie als Präsente für hochrangige Besucher der Hochschule und als Gastgeschenke gedacht, die man bei Besuchen ausländischer Universitäten mitnehmen kann. In den letzten Wochen ist nun mehrfach die Anregung an mich herangetragen worden, man sollte es ermöglichen, daß Hochschulangehörige die Krawatten privat kaufen können. Ich habe dieser Anregung gerne zugestimmt.

Die Krawatten, gefertigt in reiner Seide, gibt es in einer roten und blauen Ausführung. Der Stückpreis beträgt DM 30.--. Wer eine Krawatte kaufen möchte, muß zunächst in der Hochschulkasse (2. Stock des Verwaltungsgebäudes, Karolinenplatz 5; Öffnungszeiten montags bis freitags 9.00 - 12.00 Uhr) eine Einzahlung tätigen. Gegen Vorlage des Einzahlungsbelegs erhält man dann einen Stock tiefer in der Beschaffungsstelle (Öffnungszeiten montags bis freitags 7.30 - 12.30 Uhr) die gewünschte Krawatte ausgehändigt.

Mit freundlichen Grüßen



Kann man Umweltschutz studieren?

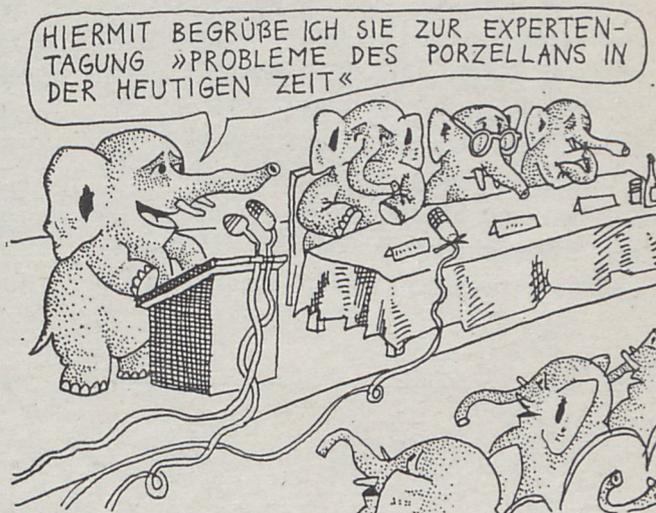
Ergebnisse einer Podiumsdiskussion

Vom 22. bis 25.4 fanden an der THD unbemerkt von der studierenden Öffentlichkeit die ‚Hochschulinformationstage‘ statt, an denen sich Gymnasialschülerinnen und -Schüler in rund 30 Veranstaltungen über die Studienmöglichkeiten an der TH informieren konnten. Den krönenden Abschluß dieser von der Zentralen Studienberatung organisierten Veranstaltungsreihe bildete eine Podiumsdiskussion, deren Titel das Bewußtsein unserer Hochschule für die brennenden Probleme dieser Erde so recht unter Beweis stellen sollte: „Kann man Umweltschutz studieren?“

An die Beantwortung dieser Frage machten sich vor rund 80 ZuhörerInnen – überwiegend aus der anvisierten Zielgruppe der SchülerInnen – die Professoren Böhm (BI-Wesen), Wendt (Chemie), Göttching (Maschinenbau) und Große-Brauckmann (Biologie) sowie Klaus Dapp vom TAT. Professor Böhm stellte eingangs zu recht klar, daß es das Umweltschutzstudium nicht gebe (wenngleich es beispielsweise an der FH Bingen angeboten wird), da Umwelt ein viel zu komplexes Gefüge sei, um es in einer einzigen umfassenden wissenschaftlichen Ausbildung unterzubringen. Stattdessen seien Fachleute und ‚Überblicker‘ gefragt, die gemeinsam der Natur auf die Beine helfen.

Und siehe da: die folgende Vorstellungsrunde der Professoren, in der diese über die umweltbezogenen Aktivitäten und Studienmöglichkeiten in ihren Fachbereichen referierten, schien deutlich zu machen, daß an der TH genau solche Fachleute, solche ‚Überblicker‘, solche Retter unserer bedrohten Umwelt ausgebildet werden. So konnte ZuhörerIn freudig vernehmen, daß „der Umweltschutz integraler Bestandteil unserer Forschung und Lehre ist“, daß der „Ehrgeiz“ besteht, „wachen Sinn und Fachkenntnisse für den Umweltschutz zu vermitteln“, ja, konkreter noch, daß Forschung im Bereich von Ökologie und Toxikologie Niederschlag in der Gesetzgebung fänden, daß die Elektrochemie im

Begriff sei, Energieprobleme zu lösen, daß im (kommenden) Fachgebiet Abfalltechnik elementare Grundlagen für den Umweltschutz gelehrt würden.



Doch gerade als sich SchülerIn befriedigt ob der vielen guten Worte zurücklehnen will, korrigiert Klaus Dapp das vermittelte Bild ein wenig in Richtung Realität. Er stellte fest, daß Umweltschutz an der THD erst vor wenigen Jahren und damit im Vergleich zu anderen Hochschulen recht spät zu einem Thema geworden ist und selbst dann nur in der Forschung. In der Lehre dagegen wird die Umwelt sehr stiefmütterlich behandelt, vor allem in den Ingenieurwissenschaften gar nur als Begleitparameter zur Einhaltung entsprechender gesetzlicher Bestimmungen (TA Luft, Umweltverträglichkeitsprüfung). Zwar bestehen für Interessierte auch spezielle Veranstaltungen, wie etwa die wintersemesterlich stattfindende Ringvorlesung zum Thema ‚Umwelt‘, die regulären Studienpläne aber sehen die Beschäftigung mit Umweltschutz kaum vor.

In der anschließenden Diskussion kamen schnell die vielschichtigen Ursachen dieses Problems zutage. Zum einen sei das Wort ‚Umweltschutz‘, so äußerte sich einer der Professoren, für viele seiner Kollegen immer noch eine ideologisch befangene Vokabel, zugleich mangle es an in der Forschung erworbener Lehrkompetenz. Dies ist zweifellos richtig und wird sich auch solange nicht ändern, wie bei der Berufung von Professoren mehr Wert auf Reputation und beschaffbares Geld als auf Lehr- und Forschungsinhalte gelegt wird. Zu dieser geistigen Verkrustung kommt auch noch eine strukturelle, die beispielsweise die Einrichtung der Professur für Abfalltechnik zu einem fünf Jahre währenden Kampf durch die Instanzen werden ließ oder Studienplanänderungen zu reinen SWS-Schiebereien macht. Verwaltung und Verantwortliche in Hochschule und Poli-

tik sind derart schwerfällig, daß kaum Raum für Innovationen zu mehr Umweltschutz in der Lehre bleibt. Doch das Phlegma haben nicht allein die Professoren gepachtet, auch die Studierenden hat es schon erfaßt, stoßen doch umweltorientierte Veranstaltungen nur auf mäßige Resonanz.

Neues also hat die Diskussion nicht ergeben; die meisten SchülerInnen waren, abgeschreckt von den vielen Hochschulinterna, schon vorzeitig gegangen, und die restlichen Diskussionsteilnehmer waren sich einig darüber, was ohnehin schon bekannt war: Umweltschutz kann man an der THD nicht studieren, und nur mit etwas Mühe vermag der/die engagierte StudentIn einen Umweltschutzakzent in das Technik-Studium zu bringen.

(vb)

Vorschau: Sommerfeste Ende Juni

**Sommerfest
mit Live-Musik
im StudentInnendorf Lichtwiesenweg
steigt am 20.6.91!**

**Sommerfest
der Fachhochschule
mit Musik, Essen...
am Abend des 21.6.91
in der FH (Schöfferstr.)**

Gay-Life

Schwul-lesbische Kulturwoche in Darmstadt vom 11.-29. Juni 1991

Sicher wird es den einen oder anderen von Euch irgendwann im Juni auffallen, daß im Foyer des Audi-Max ein paar Schautafeln herumstehen und Ihr werdet Euch fragen: Was soll das? und vielleicht auch: Wer will da was?

Wir wollen da was, nämlich die Schwulen- und Lesbengruppe Pink und Purple der Darmstädter Hochschulen.

Ja, uns gibt es immer noch und wir haben, zusammen mit der Schwulengruppe Darmstadt für Juni einige Wochen lang Action geplant.

Ein Teil dieser Action wird die angesprochene Ausstellung sein, die den Titel ‚Schwules Leben‘ trägt und für sich spricht. Die Intention dieser Wanderausstellung, die schon seit etlichen Monaten im Bundesgebiet unterwegs ist und von der Schwulengruppe Kaiserslautern zusammengestellt wurde, ist die, den ganz normalen Alltag eben jener 5% der männlichen Bevölkerung zu zeigen, die landläufig als ‚Schwule‘ bezeichnet werden.

Geht hin und stellt für Euch selbst fest, daß die Unterschiede zwischen Homos und Heteros gar nicht so gravierend sind, denn letzten Endes sind selbst Schwule Menschen.

Ihr könnt die **Ausstellung** vom 11.6. bis 21.6. besichtigen. Eröffnet wird sie von Daniela Wagner-Pätzhold von den Grünen am 11.6. um 18.00 Uhr.

Am 14.6. findet im Frauenzentrum in der Fuhrmannstraße 4 1/2 der **Vortrag ‚Lesbische Lebensformen in Vergangenheit und Gegenwart‘** statt, Beginn ist 16.00 Uhr, männliche Besucher sind unerwünscht.

Wir haben aber auch **Wissenschaftliches** anzubieten: Am 18.6. diskutiert Martin Dannecker mit Interessierten über ‚**Homosexuelles Leben mit AIDS**‘ (laßt Euch von

dem Titel nicht schocken!) im alten Hauptgebäude der TH Darmstadt, Raum 123.

Der Spaß kommt bei uns auch nicht zu kurz, denn am 23.6. findet im Schloß- bzw. StudentInnen-Keller eine **schwul-lesbische Disco** statt, diesmal sogar mit einem Programmteil! Der Einlaß beginnt um 20.30 Uhr, um 21.00 Uhr beginnt das Programm und ab 22.00 Uhr, wenn alles gut überstanden ist, beginnt die Disco. Tags darauf findet abends eine **Frauendisco** statt, Beginn ist hier um 21.00 Uhr.

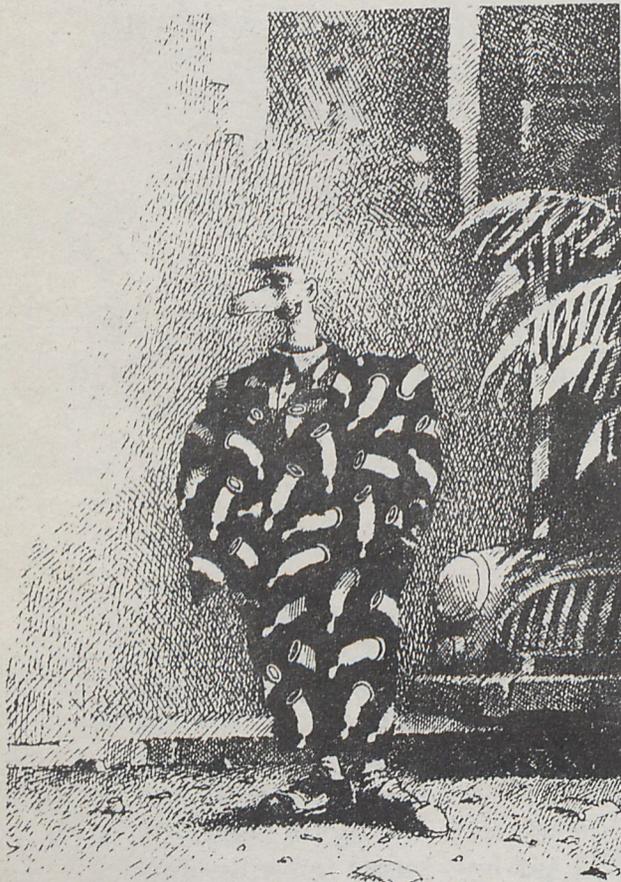


Daß wir auch literarisch unheimlich gut drauf sind, beweisen wir Euch am 26.6. bei einer Veranstaltung mit dem sinnigen Titel ‚**Homos lesen**‘ (sieh' einer an, das können die auch! - d.V.) im Schloßkeller. Schwule und Lesben lesen hierbei gemeinsam verschiedene Werke, die teilweise auch aus der eigenen Feder kommen. Der Einlaß beginnt ab 21.00 Uhr und bitte kommt frühzeitig, denn nach 22.00 Uhr kommt im Interesse der Vortragenden keiner mehr rein.

Ja, und dann ist es auch soweit, der wichtigste Termin im schwul-lesbischen Kalender ist da, das letzte Wochenende im Juni, auch ‚Christopher Street Day‘ oder kurz CSD genannt!

Was der CSD ist? OK, ich, Eure liebe L.i.B., erkläre es Euch. Der ‚Christopher Street Day‘ wird seit nunmehr 21 Jahren alljährlich am letzten Wochenende im Juni in allen schwulen/lesbischen Metropolen wie San Francisco, New York, Amsterdam, Darmstadt oder Berlin mit großem Jubel und Brimborium gefeiert, als Erinnerung an die ersten schwulen Revolten im Juni 1969 in New York.

Das alles begann bei einer obligatorischen Razzia im ‚Stonewall Inn‘, einer Schwulenkneipe im Herzen von Greenwich Village, Manhattan, als die Schwulen zum ersten Mal gegen die Polizeiwillkür aufstanden und da-



PARISER MODE

mit einen Flächenbrand auslösten, der sich in Windeseile über die gesamten Schwulengemeinden der USA und Europas ausbreitete und nach bürgerkriegsähnlichen Tagen in New York und San Francisco schließlich den Sieg der Schwulen und deren Befreiung brachte.

Ein wichtiges Folgeereignis dieser Tage und Wochen war auch die Entschärfung des §175, des sogenannten ‚Schwulenparagraphen‘ in der BRD.

Aber die ‚schwule Revolution‘ ist noch lange nicht am Ziel. Dieses Jahr geht es z.B. um die totale Abschaffung des §175 StGB und die Bewahrung uns aller vor einem neuen Geniestreich unserer Regierung, einem Paragraphen, der das sexuelle Schutzalter für Homos und Heteros willkürlich auf 16 Jahre festlegt und damit an der Realität vorbeizieht.

Unsere Aktionen zum CSD beginnen am 29.6. vormittags auf dem Luisenplatz. Was wir genau vorhaben, wird noch nicht verraten.

Wer Travestie sehen möchte, und zwar gute Travestie und nicht bloß irgendeinen Fummelklamauk, sei hiermit am Abend dieses denkwürdigen Tages in den Köhlersaal der THD eingeladen, wo unsere geschätzte Freundin Lucie Joker ein einmaliges Gastspiel geben wird. Einlaß 19.00 Uhr, Beginn 19.30 Uhr. Kartenvorverkauf im AStA (TH/FH).

Ebenfalls im AStA sind Informationen zu unseren Veranstaltungen in Form einer Broschüre erhältlich.

Soweit für diesmal. Mit einem letzten rosa Gruß an meine Mitbürger verbleibe ich herzlich

Eure L.i.B.

Resolution zu Kurdistan

Nachtrag der Intern. Liste zum StuPa-Bericht

Im Hochdruck vom 5.5.91. wird über die Sitzung des Stupa und die Diskussion über eine Resolution zu Kurdistan berichtet. Leider wurde es unterlassen, über den Kern der unterschiedlichen Positionen in dieser Frage zu informieren. Darüberhinaus werden auch Dinge behauptet, die nicht den Tatsachen entsprechen. Aus diesen Gründen möchte die Internationale Liste (IL) hier die Gelegenheit ergreifen, falsche Behauptungen richtigzustellen und auf die Grundlagen der politischen Auseinandersetzung im Stupa einzugehen.

Es wird geschrieben, Jusos und Internationale Liste hätten eine Resolution zu Kurdistan eingebracht. Tatsächlich lagen dem Stupa aber zwei Resolutionen vor, eine der Internationalen Liste und eine der Jungsozialisten. Da sich diese beiden Resolutionen wesentlich voneinander unterscheiden, finden wir es bemerkenswert, daß der Hochdruck nur eine Resolution wahrgenommen hat. Ob es sich dabei nur um einen vorübergehenden Black-out des Hochdruckberichterstatters oder um das bewußte Verschweigen der Position der Internationalen Liste gehandelt hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die verabschiedete Resolution halten wir nicht nur für falsch sondern sogar für politisch schädlich. Aus den folgenden Gründen stellt sie für uns keinen Akt der Solidarität mit dem kurdischen Volk dar:

1. Die Verantwortlichen für den Völkermord in Kurdistan werden nicht benannt. Es sind die Führer und Regierungen der imperialistischen Staaten. Solche Gestalten wie Saddam Hussein, Özal, Rafsandschani oder Assad agieren nur im Rahmen der von diesen geschaffenen Möglichkeiten.

Die *historische* Ursache für die heutige Lage in Kurdistan besteht eindeutig in der Neuordnung des Mittleren Osten nach dem 1. Weltkrieg und dem Zerfall des Osmanischen Reiches. Damals teilten in erster Linie Großbritannien und Frankreich die Region nach ihren Interessen auf und unterstützten schon damals ihnen willfährige lokale Despoten. Seit dieser Zeit sind die westlichen Staaten mit den rückständigsten sozialen Kräften in der Region verbunden. Die gezielte Aufrüstung Saddams ist nur das jüngste Beispiel.

Die *aktuelle* Ursache liegt im Doppelspiel der imperialistischen Staaten, die einerseits die Völker des Iraks zu einem aussichtslosen Aufstand ermunterten, andererseits aber dem iakischen Regime freie Hand bei der Niederschlagung dieses Aufstandes liessen. Das Interesse des Westens besteht also nicht in demokratischen Verhältnissen, sondern in einer Ordnung die den möglichst reibungslosen Fortgang der Geschäfte gewährleistet. Sichert ein Saddam Hussein eine solche Ordnung, dann ist er den imperialistischen Staaten solange gut genug, wie er deren Oberhoheit nicht antastet.

Geht es also um die Verantwortlichen, dann muß auf diejenigen verwiesen werden, die die Bedingungen für Unterdrückung und Völkermord geschaffen haben und von diesen bisher profitiert haben, unter denen ein Saddam groß wird. Verschweigt man die wahren Schuldigen, indem man lediglich auf die Ausführenden zeigt, so vertuscht man die Verbrechen und deckt die Mörder. Geschieht dies wider besseres Wissen so nennt man dieses Verhalten Komplizenschaft.

2. Die Resolution erwähnt die Rolle der BRD bei der Unterdrückung des kurdischen Volkes mit keinem Wort, obwohl die BRD an dieser Unterdrückung in vielfältiger Weise beteiligt. Auch wenn sich die BRD versucht ein humanitäres Mäntelchen umzuhängen, so ist doch überdeutlich, daß die jüngst erfolgte Stationierung von Bundeswehreinheiten in Kurdistan lediglich die repressiven Regimes in Ankara und Teheran unterstützt. Besonders der NATO-Partner Türkei wurde mit Milliardenhilfe hochgerüstet. Ein Großteil der türkischen Armee wird zur Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes eingesetzt.

In der BRD unterliegen die Kurden den rassistischen Ausländergesetzen. Diese Ausländergesetze werden auch gezielt zur Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes eingesetzt. So werden grundsätzlich alle kurdischen Organisationen vom Verfassungsschutz bespitzelt. Besonders während des Golfkrieges wurden wiederholt Kurden ohne Vorliegen von konkreten Anschuldigungen zur Politischen Polizei vorgeladen. Die Verweigerung des Asylrechtes und die Weitergabe von Asylakten von kurdischen Flüchtlingen an den türkischen Geheimdienst ist eine seit langem

bekannte Tatsache.

Mit den sogenannten Kurdenprozessen vor den Staatsschutzsenaten in Düsseldorf und Celle gegen Anhänger der kurdischen PKK hat die Repression gegen die Kurden in der BRD einen neuen Höhepunkt erreicht. Der deutsche Staat will damit die Legitimität des kurdischen Befreiungskampfes in Frage stellen.

Neben dieser gezielten Repression gegen politisch aktive Kurden unterliegen alle Kurden in der BRD einer nationalen Unterdrückung. Die Nichtanerkennung der Existenz des kurdischen Volkes bringt die BRD u.a. durch die Verweigerung von Kurdischunterricht für kurdische Schulkinder zum Ausdruck.

Da das politische Umfeld unserer Aktivität durch genau diesen deutschen Staat gegeben ist, der an der Unterdrückung der Kurden entscheidend beteiligt ist, muß unsere Kritik auch genau hier unseren Ausgangspunkt haben. Die oben angeführten Punkte hätte eine Resolution, die Ausdruck der Solidarität sein soll, zumindest thematisieren und in konkrete politische Forderungen kleiden müssen.

3. Die Resolution des Stupas verschweigt nicht nur die Verantwortung der imperialistischen Staaten, sondern setzt utopische Hoffnungen in deren angeblichen humanitären Charakter, wenn die Imperialisten aufgefordert werden „die humanitäre Hilfe zu verstärken“. Angesichts der Tatsache, daß die „Alliierten Staaten“, wie die westlichen Imperialisten im Jargon der der Jung„sozialisten“ anscheinend seit neuestem bezeichnet werden, zunächst durch ein monatelange Hungerblockade auch das kurdische Volk im Irak drangsaliert haben und dann durch wochenlangen Bombenterror die gesamte Infrastruktur auch in Südkurdistan vollständig zerstört haben, erscheint die Forderung die humanitäre Hilfe zu verstärken (sic!) als Ausbund eines menschenverachtenden Zynismus.

Die Einrichtung von sogenannten Schutzzonen hatte u.a. das Ziel, eine Ausbreitung des kurdischen Aufstandes in die Türkei zu verhindern. Mit Hilfe für ein bedrängtes Volk haben diese Todeslager rein gar nichts zu schaffen. Wirklich Hilfe wäre eine Öffnung der deutschen Grenze und die Gewährleistung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle Flüchtlinge hier. Aber genau das soll ein dichter Paragraphenwald und abgeschottete Grenzen ja gerade verhindern.

Ebenso utopisch erscheint uns angesichts der historischen Erfahrungen die Vorstellung der Westen möge sich für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes einsetzen. Diese Illusion entpuppt sich in Wirklichkeit als der pseudo-linke Versuch dem Golfkrieg nach hunderten-

den Toten doch noch einen menschenfreundlichen Charakter unterzuschieben.

4. Einmal abgesehen von der Frage, ob die imperialistischen Staaten jemals für das Selbstbestimmungsrecht eines unterdrückten Volkes eintreten werden, ist die Resolution in der eigentlichen Frage des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes widersprüchlich und wirr. Allgemein wird unter dem Selbstbestimmungsrecht einer Nation, das *Recht* auf Lostrennung von dem bisherigen Staatsverband verstanden. Die Ausübung dieses Rechtes ist allein Angelegenheit des betroffenen Volkes; d.h. also ob es vorzieht in einem eigenen, souveränen Staat oder in einer Föderation (Staatenbund) mit einem anderen Staat oder gar im Rahmen einer Autonomie *innerhalb* des bisherigen Staates leben will, muß die eigene Entscheidung des jeweiligen Volkes sein. Auch unter den Kurden gibt es in dieser Frage die unterschiedlichsten Ansichten. Die Stupa-Resolution schreibt dem kurdischen Volk jedoch die Form der Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes vor, wenn es heißt „Bildung eines autonomen kurdischen Staatsgebietes“.

Darüberhinaus ist die Formel in sich selbst widersprüchlich. Ist Autonomie *innerhalb* der bestehenden Staaten gemeint oder ein souveräner (das ist eben etwas anderes als ein autonomer) Staat ? Oder glauben die jungalliierten Verfasser der Resolution gar, daß die eher Indianerreservaten gleichenden Schutzzonen die Lösung wären ?

5. Ebenso unsäglich wie der Inhalt der Resolution ist ihre Form. Am deutlichsten wird der Charakter dieser Sklavensprache bei der Aufforderung an die Imperialisten „sich für eine Befriedung der betroffenen Region ... einzusetzen“. Genau das betreiben die Kolonialmächte seit Anbeginn des Kolonialismus. Sie befrieden die unterworfenen Gebiete. Daß diese Befriedung dann zu immer größeren Massakern führt, hindert den Metropolenintellektuellen jungsozialistischer Prägung nicht den betroffenen Völkern „unsere Solidarität auszudrücken“. Eine Analyse (die am Ende gar politische Konsequenzen zeitigen könnte) verschiebt man dann lieber, nicht ohne in bester Bürokratenmanier anzufügen, daß eine solche „unbedingt stattfinden muß“.

Wenn auch die verabschiedete Resolution ein mehr als peinliches Resultat darstellte, so erlaubte das vorhergehende Taktieren insbesondere von Jusos und RCDS einen interessanten Einblick in deren Politikverständnis. Der RCDS versuchte auf recht durchsichtige Weise eine Erörterung des Themas überhaupt zu verhindern. Dabei kam ihm zu Gute, daß einer seiner Parlamentarier als Vizepräsident gerade die Sitzung lei-

tete und er so voll in die Kiste der Tricks mit den Geschäftsordnungsanträgen greifen konnte. Offensichtlich liegt einem solchen Verhalten die richtige Erkenntnis des RCDS zugrunde, daß die von ihm repräsentierten politischen Kräfte bei einer Erörterung des Themas Kurdistan nicht gerade gut wegkommen können.

Anders die JUSOS sie sprachen sich vehement für eine Diskussion und Beschlußfassung aus. Da sie jedoch lediglich ein humanitäres Problem zu sehen in der Lage sind, hat ihre sicher ehrliche Empörung letztlich reaktionäre Konsequenzen, wie bereits ausführlich dargelegt wurde. Mit Händen und Füßen wehrten sich die Jungsozialisten gegen jegliche Erwähnung der Beteiligung der BRD an den Massakern in Kurdistan. Letztlich kommt in der Juso-Resolution der durch und durch nationalistische Charakter dieser Organisation zum Ausdruck. Für die Jusos ist der deutsche Staat das Werkzeug mit dem die restliche Welt zivilisiert werden soll. Deshalb reagieren sie dann auch so allergisch, wenn auf den wirklichen Charakter dieses Staates hingewiesen wird. In diesem Punkt sind sich Jusos und RCDS einig. Für die Jusos besteht das Problem lediglich darin, daß ihr Einfluß auf die Staatsgeschäfte vergleichsweise gering ist.

Internationale Liste

Anm. des StuPa-Berichterstatters: Es lag tatsächlich ein „Black-out des Berichterstatters“ vor. Es hätte natürlich heißen müssen: „...brachten die Fraktionen der Jusos und der internationalen Liste noch je eine Resolution zum Völkermord in Kurdistan ein...“.

Die vom Parlament nicht angenommene Resolution der internationalen Liste war nicht im StuPa-Protokoll dokumentiert; wegen des Zeitdrucks (Redaktionsschluß am nächsten Tag) war es nicht möglich, die (umfangreiche) Resolution von der IL anzufordern und zu verarbeiten.

Es wäre allerdings auch wünschenswert, daß die IL sich über die Grundlagen der politischen Auseinandersetzung im AStA noch einmal Gedanken macht.



HochDruck proudly presents: die Reaktion des Ministeriums für Wissenschaft und Technik auf den Brief des AStA zum Thema Parkhaus Ruthstraße (vgl Hochdruck vom 5.Mai 91)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie Ihr Interesse an dem Parkhaus in der Ruthstraße bekunden.

Ich kann Ihnen mitteilen, daß nach Inbetriebnahme des nach den gesetzlichen Bestimmungen errichteten Parkhauses im Bedarfsfall ein Gutachten bezüglich der Emissionsbelastungen etc. in Auftrag gegeben wird. Es wird dann zu beurteilen sein, welche Schutzmaßnahmen zu treffen sein werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Erdmann'.

Erdmann

Gewöhnen wir uns das Fernsehen ab

Das Student. Was ist das? Zumindest eine große Frage, die scheinbar keine ist. Wer macht sich darüber schon großartige Gedanken? Na gut, ich halt. Jetzt. Aber im Grunde ist es doch als bekannt vorauszusetzen, daß wir alle unser Bild vom StudentInnen-geschöpf haben.

Klar, von Interessenhaufen zu Fachgruppierungen verschieden, ERKENNE DEINEN RUCKSACK, aber unter dem Aspekt mündiges, verantwortungsvolles Menschenwesen gleich. Oh ja, ich weiß, an diesen Prädikaten klebt die Abgedroschenheit der Mega-Outs, doch ich habe im Moment überhaupt nicht im geringsten Lust, mich auf irgendwelche Begriffsdefinitionen einzulassen. Saubande!

Es begab sich im Monate April, daß sich die Hochschulrektoren Deutschlands zu ihrer Jahreshauptversammlung in Frankfurt a. M. unter dem Thema „Die Rolle der Hochschule in Europa“ trafen. Die Eröffnungsrede wurde von einem ungarischen Schriftsteller gehalten, in der er auch ein Bild des Studis zeichnete. Von „verantwortungsbewußten IdealistInnen“ ist dort die Rede, von Studis, die „die Moral der Verweigerung“ praktizieren sollen. Ich bin momentan ein wenig verwirrt, wenn ich in Betracht ziehe, was mir im TH-Alltag widerfährt und ich die Profen tönen höre.

Ja, was wünschen sich die Uni-MacherInnen denn eigentlich für studentische Persönchen, und weiterführen die allmächtige Irritation: Wer oder was agiert, damit diese Wünsche auch grauenvolle Realität werden? Soll es denn bei einem von beiden Seiten lauschweigend toleriertem Hinauslaufen von ‚marktgerechten Professionals‘ bleiben?

Hier lauschen wir einen Moment lang mal dem Eröffnungsredner: „Es reicht nicht, Spezialisten zu erziehen, die kurzfristig vom Markt oder vom Staat gebraucht werden.“

Welch' schöner Satz! Doch wie grotesk läßt ihn die praktizierte Wirklichkeit aussehen.

Es herrscht immer noch der weit verbreitete, dunkelste Aberglaube, daß der Markt durchgreifend regeln kann, was notwendig wäre, um den Erdrund nicht mehr länger zu vergewaltigen, die immer perfekter praktizierte Verstümmelung der ‚Dritten Welt‘ endlich zu beenden usw. Doch dieser Markt wird nichts regeln, was ihm selber die Grundlagen zerstören würde.

Gewöhnen wir uns das Fernsehen ab! Es gibt nun mal keine kausalen Hexenschüsse von globalen/lokalen Taten nicht nur der Professionals. Der Baum fällt ja nicht um, wenn ich Gas gebe. Das müssen wir endlich mal raffen und an unserer Sensibilität permanent rackern.

Patentrezepte habe ich natürlich nicht, und noch weiter ‚charismatische‘ Messages zu versprühen ist mir zu anstrengend, doch ich habe auch keinen Bock auf diese ganze Scheiße und rieche doch zehn Kilometer gegen den Wind danach. Ich verharre erst mal in dem Glauben, daß an den Hochschulen, egal welcher Art die brauchbaren Möglichkeiten existieren, um sich das Fernsehen abzugewöhnen. Es sind zwar nur wenige und obendrein auch noch mißbrauchte, aber das heißt noch lange nicht, daß wir nicht neue schaffen sollten.

Schauen wir auf das Engagement der Verschlissenen und belassen wir es nicht dabei. Akzeptieren wir nicht einfach dieses auto-destruktive Wertesystem, in das wir geworfen wurden.

Stoppt die Verindividualisierung des Studi-Menschen-geht nicht alleine in die Mensa!

(adam)

H A L T S M A U L
P R Ä S E N T I E R T

TRASH LIFE

GIGA TRANCE

P A R T Y

FÜR NEUE
GESELLSCHAFTLICHE
MAßSTÄBE

OPENING:
UHR

EINTRITTSPREISE:
VORVERKAUF
17,00 DM
ABENDKASSE
20,00 DM

KHARTOUN'S
K.O. MUSIK

111.05.91

Was ist nur mit dem neugewählten bzw. -konstituierten AStA los?

Und was mit den den AStA tragenden Gruppen! Da verabschieden die doch glatt NICHT den Haushaltsentwurf 1991 des RCDS, sondern nehmen – völlig unkritisch, versteht sich – jenen dubiosen ‚anderen‘ an (der zwar schon längst hätte verabschiedet sein müssen, aber das können wir ja dezent verschweigen...) Da bringt der neue Finanzreferent –UNSER lieber Holger Dexel! – noch nicht einmal seine eigenen Ideen in den Haushalt ein, obwohl der doch mindestens DREI Monate Zeit hatte (wobei wir wiederum dezent verschweigen, daß er gerade erst gewählt worden ist, angemessene Zeit braucht, um sich einzuarbeiten etc. etc.). UND: kaum im Amt, ‚verschleudern‘ die doch gleich unser sauer verdientes Geld. (wobei jene, die das alles tatsächlich zu kritisieren meinen, wohl eher das sauer verdiente Geld anderer meinen...) Tja, und dieses ominöse FACHWERK arbeitet glatt gegen die Fachschaften, die sie angeblich vertreten (wollen), indem sie wiederum den Vorschlag des RCDS nicht aufgegriffen haben, das beim zu entlassenden AStA-Personal gesparte Geld den Fachschaften zukommen zu lassen. Nur: die meisten der Fachschaften sind nicht aktiv, wo bittschön, soll denn das viele Geld versanden?

Also, wir sind jetzt auf diese ‚liebvolle‘ Art mit jenen legendären literarisch-lukullischen Leichtschreibereien des Holger Nawrath à la carte umgegangen. Für diese Legislaturperiode reicht das völlig aus. Den nächsten Kommentar wird der frischgewählte AStA des Jahres 1992 abgeben.

Ansonsten: (leichter Trommelwirbel, Spot an) es werden wirbeln für's INFOREFERAT: (laut rufende Stimme) Uli Franke, Adam Both, Heike Kaiser, Andreas Lauth und Volker Blees. Die FINANZEN fördern (Paukenschlag): Verena Bauer und Holger Dexel. Die HOCHSCHULE hüten (Fanfaren): Carsten Tibke und harald hellweg-mahrt. Das SOZIALE sichern (leise Melodie ‚Brüder zur Sonne‘): Christl Winter, Selim Yargucu, Ralf

Höllmann und Axel Scheer. Die ÖKOLOGIE ist okkupiert (Eichenrauschen): von Arne Steffen. KULTUR kredenzen: Mehran Sabeti und Ali Özalt. Und im Walde ‚WISSEN als WARE‘ wandelt: Jennifer Krumbholz (zart verklingende Geigenklänge mit Saxophonsprengeln).

WAS und WIE jene ihre Arbeit gestalten werden, berichten sie Euch selbst. Les halles de l'AStA verstauben jedenfalls nicht in monotonen Geschäftsordnungsanträgen, der eine oder andere will sogar schon Schmetterlinge vorbeifliegen gesehen haben. Leichte Anflüge von Verbissenheit werden sicher gar bald ob der überall waltenden Harmonie von den Gesichtern getilgt und der HOCHDRUCK praller und praller von der Fülle von Berichten über die sagenhaft-erfolgreiche Arbeit des AStA. Wie von einsamen Besuchern der Katakomben des AStA nach mühevolem Rückweg berichtet wurde, ertönen hier und da inzwischen gleichsam lustvolle Schreie der Entzückung ob der Tatsache, nun endlich nicht mehr jede Büroklammer und jeden Bleistift suchen zu müssen, irgendwelchen Akten oder Informationen in den geheimnisvollen Gängen und Kammern des AStA nachkriechen zu brauchen, sondern FREI und völlig losgelöst der unerträglichen Leichtigkeit einer politischen AStA-Arbeit widmen zu können.

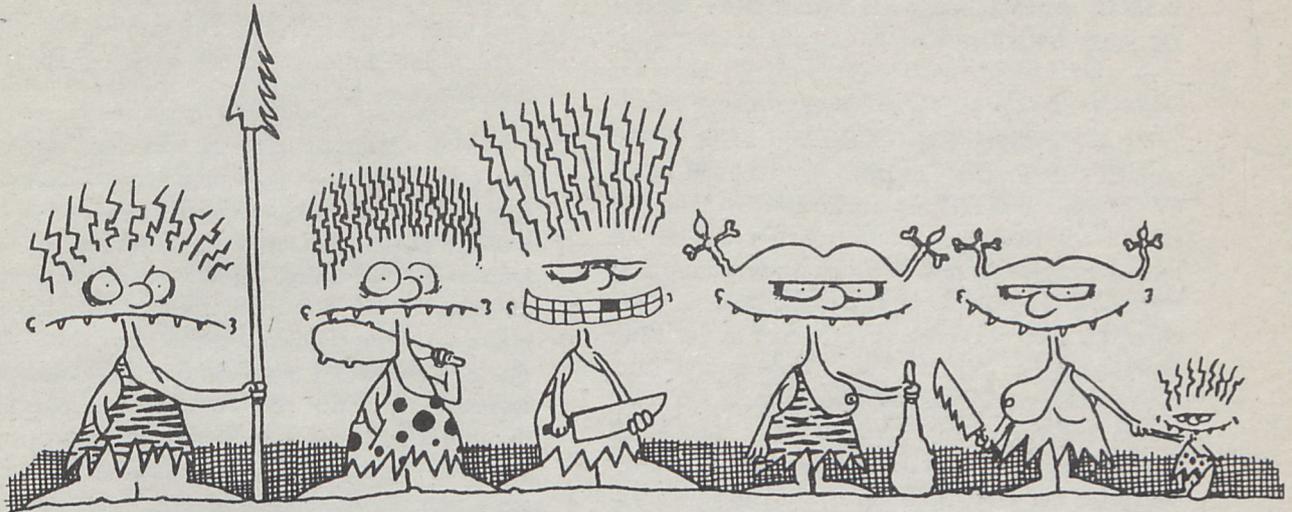
harald hellweg-mahrt



DER VERTRETER DER REINEN LEHRE
UND DER DER UNREINEN IM DISPUT

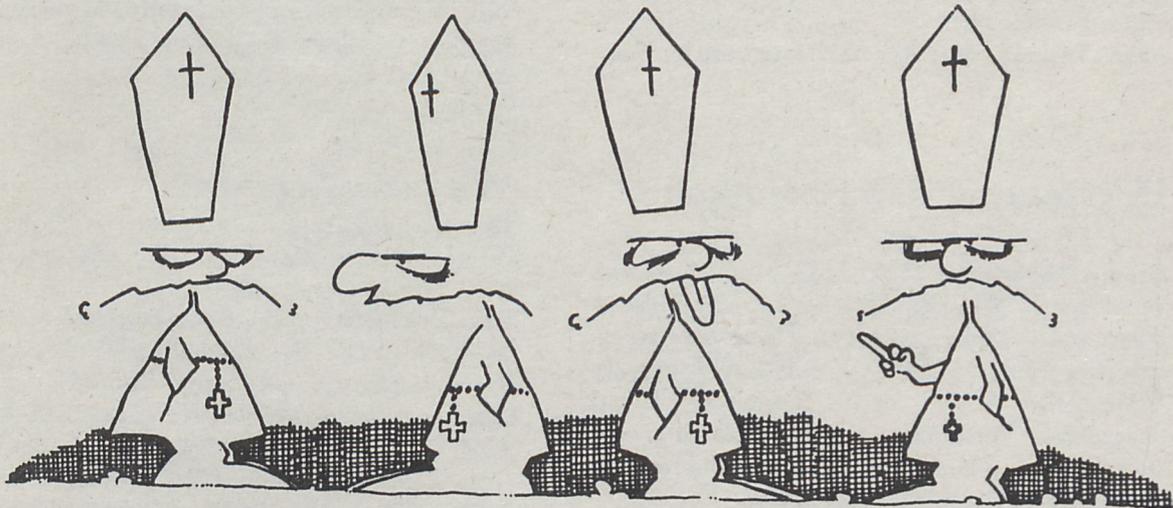
Und hier der Kommentar zu den neuen StuPa-Mehrheiten, diesmal von keinem AStA-Mitglied:

Ob unsere neu gewählten **AStA-ReferentInnen...**



...wohl für die schweren Auseinandersetzungen mit der wiedererstarkten

Opposition im Studentenparlament gerüstet sind ?



(Da dies sicher nicht die Meinung der Redaktion widerspiegelt, ist dieser Artikel mit dem Namen der Autorin gekennzeichnet.)

M.Fflowkciz

Tja, liebe Monika, da mußt Du Dir schon was Besseres einfallen lassen, wenn Du uns auf's Glatteis führen willst. Tip für die uneingeweihte Leserschaft: Namen rückwärts lesen.

AUSSERDEM: Wir sind gut genug für JEDE Opposition!

Umweltbelastung durch den Braunkohletagebau

Ergebnisse des TAT On Umwelt Reise

Zum Umgang mit dem Element Wasser

Unter diesem Titel stand die erste Studienfahrt des Treff Angepaßte Technologie (TAT e.V.). Mit dieser Fahrt versuchten wir die Ursachen des Nordseesterbens von der Quelle aus nachzuvollziehen. Ein wichtiger Programmpunkt war dabei der Rheinische Braunkohletagebau, der einer der größten Wasserverbraucher in der Bundesrepublik ist. Wie bei allen Programmpunkten dieser Reise wurde uns die Problematik von zwei Seiten aus vorgestellt. Wir sprachen mit einem Mitarbeiter der Firma Rheinbraun und mit einem Vertreter der GRÜNEN im Braunkohleausschuß in Nordrhein-Westfalen. Dieser Text ist ein Auszug aus dem Reise-Reader, der noch in diesem Jahr vollständig erscheinen soll.

Anlaß für diesen Vorabdruck ist der Vortrag „Entstehung von neuen Landschaften im Rheinischen Braunkohlerevier“ in der Veranstaltungsreihe „Technik, Gesellschaft, Natur“ am 27. Mai.

Entstehung der Braunkohle

Braunkohle ist vor 15-20 Millionen Jahren aus versunkenen Wäldern entstanden. Begünstigt durch subtropisches Klima und eine damit verbundene üppige Vegetation entstanden bei der Tektonischen Absenkung der Rheinischen Bucht ausgedehnte Torfmoore. Aus diesen Mooren entwickelte sich im Verlauf von Millionen Jahren eine umfangreiche Braunkohlelagerstätte.

Lagerstätten und Abbau

Die Vorräte im Rheinischen Revier zwischen Köln, Aachen und Düsseldorf betragen über 50 Milliarden Tonnen Braunkohle unter einem Gebiet von 2500 km² Fläche (vergleichbar der Fläche des Saarlandes oder Luxemburgs). Es handelt sich um das größte zusammenhängende Braunkohlefeld Europas westlich des Ural. Umgerechnet in Steinkohleeinheiten lagert hier ein größerer

Energievorrat als die im Iran und Irak zusammen lagernden Ölvorräte. Das ändert aber nichts daran, daß Braunkohle ein nicht-regenerativer Energieträger ist.

Große Mengen der im Revier lagernden Braunkohlevorräte sind bei der derzeitigen Marktsituation wirtschaftlich günstig abbau- bar. Die Flöze (Kohleschichten) haben Mächtig- keiten (Dicken) bis zu 100 Meter und liegen schief ab 20m bis zu 470m tief im Untergrund. Die auf dem Vile-Rücken bis auf nur 20m unter der Erdoberfläche ansteigenden Schichten wur- den seit Mitte des 19. Jahrhunderts abgebaut. So muß man heute in größere Tiefen vordringen. Da über der Kohle nur Lockergestein lagert, ist der Untertageabbau wie bei der Steinkohle nicht möglich. Das Deckgebirge würde über den großen Hohlräumen zusammenbrechen. Daher wird die Braunkohle im offenen Tagebau abgebaut, d.h. die über der Kohle lagernden Erdschichten von mehreren hundert Meter Dicke müssen zunächst mit riesigen Großbaggern abgetragen werden, bevor das eigentliche Kohle-Flöz abgebaut werden kann.

Wirtschaftsfaktor Braunkohle

Die Braunkohle ist Staatseigentum. Das Land Nordrhein-Westfalen vergibt die Abbau- Konzessionen an das Unternehmen Rheinbraun (Rheinische Braunkohle Aktiengesellschaft). Die Rheinbraun-AG ist 100%ige Tochter der RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG). RWE ist das größte deutsche Elektrizitätsversor- gungsunternehmen, der größte privatwirtschaftliche Stromerzeuger und -händler Europas. Das RWE liegt auf Rang neun der umsatzstärksten bundesdeutschen Unternehmen. Das RWE ist stark in der bundesdeutschen Atomindustrie en- gagierte. Über seine Aktionäre bestehen enge per- sonelle Verflechtungen mit der Kommunalpoli- tik. An RWE-Standorten können Beschäftigte von RWE-Unternehmen für die „ehrenamtliche Politik vor Ort“ teilweise vom Dienst freigestellt werden. Das RWE liefert fast 40% der öffent- lichen Stromversorgung der alten Bundesländer

aus eigenen, gepachteten oder vertraglich zugesicherten Kraftwerken. Die Rheinbraun-AG bildet die Sparte Bergbau/Rohstoffe des RWE. Allein in den Braunkohlekraftwerken des RWE, Bereich RWE Energie AG, werden durch Braunkohle-Verstromung 44% der öffentlichen Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen(NRW) und 18,6% der öffentlichen Stromversorgung der alten Bundesländer bestritten. Zumindest für das RWE ist die Braunkohle damit ein enormer Wirtschaftsfaktor. Die Braunkohle liefert 8,9% des Gesamtprimärenergieverbrauchs der alten Bundesländer(siehe Tabelle). In NRW gibt es eine eigene Braunkohlegesetzgebung und einen Landtagsausschuß, der sich mit dem Braunkohleabbau beschäftigt. Vorprüfverfahren, Gutachten und Genehmigungsverfahren nehmen mehrere Jahre in Anspruch. Rheinbraun plant daher heute schon Maßnahmen, die den Abbau bis zum Jahr 2095 sichern sollen, in dem die Planer selbst längst das Zeitliche gesegnet haben werden.

Zur Zeit betreibt Rheinbraun die Tagebaue Inden I, Hambach I und Garzweiler I. Das Ville-Becken ist ausgekohlt, der alte Tagebau Fortuna wird über eine Bandstraße vom Tagebau Hambach aus verfüllt. Hambach I wurde 1977 unter dem Schock der ersten Ölkriese genehmigt, 1978 begonnen und soll bis 2035-2040 laufen. Vorsorglich eingetragen wurde die Erweiterung Hambach II bis 2050-2070. Der Tagebau Hambach wurde von uns besichtigt. Die Abbaufäche umfaßt 83 km² und ist über 200 Meter tief, ein ziemlich großes Loch.

Inden ist freigegeben bis 2050. Garzweiler II befindet sich im Vorprüfverfahren. Nach Rheinbraun-Ansicht muß die Genehmigung Mitte der 90er Jahre erfolgen, damit „der Ablauf nicht gestört wird“. Bis zum Jahr 2095 soll dann dort abgebaut werden. Rheinbraun erwartet in absehbarer Zeit das Genehmigungsverfahren, obwohl starke ökologische Bedenken gegen Garzweiler II sprechen.

Fördermengen und Verwendung der Braunkohle

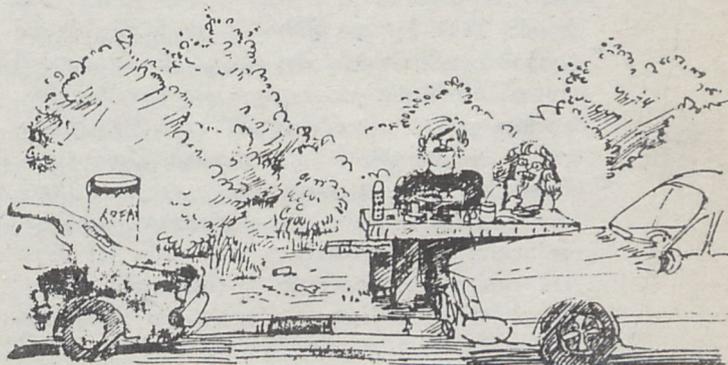
Die selbstgewählte Förderobergrenze für die Rheinbraun im Rheinischen Revier liegt bei 120 Millionen Tonnen pro Jahr.

1989 wurden 104,6 Tonnen Braunkohle gefördert. Davon gingen rund 85% zur Verstromung in die RWE-Kraftwerke, der Rest wurde in Veredelungsbetrieben verarbeitet. Kraftwerke und Veredelungsbetriebe liegen in unmittelbarer

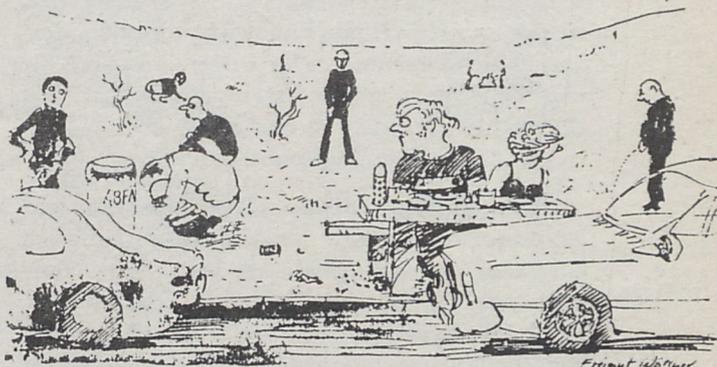
Nähe der Tagebaue. Es besteht ein betriebseigenes Eisenbahnnetz zur Verbindung der Betriebe. Wegen des hohen Eigenwasseranteils der Kohle von 55-63% sind kurze Wege und Trocknung der Kohle erforderlich.

Die Veredelungsbetriebe produzieren Braunkohlebriketts für den Hausbrand, Braunkohlenkoks für die Industrie, Braunkohlenstaub und Wirbelschichtbraunkohle für die entsprechenden Kraftwerke. Verflüssigen und Vergasen von Braunkohle ist technisch machbar, aber momentan nicht kostendeckend. Grundsätzlich ist aus Braunkohle alles herstellbar, was aus Erdöl hergestellt wird. Führt man sich diese Tatsache und die Größe der Energievorräte vor dem Hintergrund möglicher Ölkrisen vor Augen, so kann man die Akzeptanz, die dem Braunkohlentagebau bisher entgegengebracht wurde, besser verstehen. Bund und Land Nordrhein-Westfalen sind bisher immer daran interessiert gewesen, genügend Förderkapazitäten für Notfälle offenzuhalten, nämlich die Förderhöchstmenge von 120 Millionen Tonnen pro Jahr.

Viele deutschen Autofahrer ist das Waldsterben ja noch scheißegal...



... aber spätestens beim Busch- und Strauchsterben werden sie sich umgucken!



Vorgehensweise beim Tagebau

Der Tagebau nimmt keine Rücksicht auf bestehende Siedlungsstrukturen. Befindet sich eine Siedlung in einer geplanten Abbaufäche, so wird sie umgesiedelt. Nach Erteilung der Abbaugenehmigung wird der Ort geräumt, unbewohnbar gemacht und schließlich bei Heranrücken des Tagebaus abgetragen. Mauern, Fundamente, Versorgungsleitungen, Straßen und große Baumwurzeln werden weggenommen, da der Bagger sie nicht schneiden kann. Straßen, Autobahnen und Bundesbahntrassen werden nach Bedarf verlegt.

Der Tagebau wandert als geöffneter Keil durch die Landschaft, pro Jahr einige hundert Meter. In Abbaurichtung werden auf der Gewinnungsseite die auf dem Kohleflöz liegenden Erdschichten abgebagert. Der obenauf liegende Löß wird zuerst abgebagert und getrennt gelagert, um später bei der Rekultivierung wieder aufgebracht zu werden. Die restlichen Schichten werden zusammen abgebagert. Es handelt sich um Sand-, Kies- und Tonschichten. Beim Verkippen geraten diese Schichten dann durcheinander.

Etwa 250-300 Meter tief frißt sich der Tagebau Hambach in fünf Stufen, den Sohlen von jeweils 50-60 Metern Höhe, in die Erde, bis die kohleführende Schicht erreicht ist, die dann noch einmal 60 Meter stark ist. Da der Tagebau trocken gehalten werden muß, wird das Grundwasser bis zu der entsprechenden Tiefe abgesenkt. In Brunnengalerien rund um den Tagebau wird das Grundwasser abgepumpt. Da Wasser von außen nachströmt, entstehen auf diese Art riesige leergepumpte Trichter, die Sumpfungstrichter. Auf der Seite, auf der die Kohle schon abgebaut ist, der Verkippsseite, wird mit riesigen „Rückgabegeräten“ der Tagebau stufenförmig wieder verfüllt. Ist die Ausgangshöhe wieder erreicht, wird der abgetragene Löß hier wieder aufgebracht. Die Flächen werden sieben Jahre von Rheinbraun vorwiegend mit Grünbewirtschaftung rekultiviert und nach dieser Zeit wieder an umsiedelnde Landwirte vergeben. Danach bleibt Rheinbraun für weitere 18 Jahre für eventuelle Fehler bei der Verkipfung haftbar. Die Bodengüte (Bonität) ist nacher um etwa 5% geringer als vor dem Tagebau.

Beim Tagebau müssen riesige Abraum- und Kohlemassen bewegt werden, was natürlich möglichst rationell geschehen soll. Eine Zwischenlagerung ist nicht möglich, und es tritt durch die abgebaute Kohle ein Massendefizit auf. Für den Tagebau Hambach wird dies so gelöst:

Ein Teil des Abraums wird über eine Bandstraße zum alten Tieftagebau Fortuna befördert, der einmal eine maximale Tiefe von 360 Metern hatte und jetzt mit 1,1 Milliarden km^3 verfüllt wird. Neben dem Tagebau Hambach entstand auf Nichtabbaugebiet eine Erdkippe für einen weiteren Teil des Abraums. Die Sophienhöhe beansprucht eine Fläche von 10 km^2 , hat eine maximale Höhe von fast 200 Metern und soll im Endstadium 1,1 Milliarden km^3 Abraum aufgenommen haben. Die Sophienhöhe hat teilweise schon ihre Endgestalt und wurde auf diesen Flächen rekultiviert und aufgeforstet. Der Rest des Abraums wird direkt wieder verkippt. Wenn der Tagebau Hambach im nächsten Jahrhundert ausläuft, bleibt ein riesiges Loch zurück: Rheinbraun träumt von einem 200 Meter tiefen Freizeitsee.

Zum Tagebau gehört eine aufwendige Infrastruktur: Über Bandstraßen wird die Kohle mit bis zu 27 km/h in den Kohlebunker befördert. Bei einer Leistung von $302,4 \text{ m}^3$ Material/Minute durch einen einzelnen Bagger kann mit LKWs nicht mehr gearbeitet werden. Der Kohlebunker mit einem Volumen von 800000 Tonnen dient als Pufferbereich. Es gibt keine Braunkohle-Halden, innerhalb von 5-6 Tagen wird die abgebaute Kohle der Verarbeitung zugeführt. Im betriebseigenen Bahnhof – Rheinbraun besitzt eigene Gleisanlagen und Waggons, die für extreme Lasten konzipiert sind – kann in 12 Minuten ein Zug mit 14 Wagen à 100 Tonnen, also insgesamt 1400 Tonnen beladen werden. Pro Tag können 80 Züge beladen werden. Die Bahnstrecken führen direkt zu den Kraftwerken und Veredelungsbetrieben.

Etwa 3,5 % des erzeugten Stromes werden im Tagebau selber wieder verbraucht. Dicke Stromkabel führen neben den Bandstraßen zu den einzelnen Arbeitsstellen. Die Leitungsverluste und die Verluste im Kraftwerk liegen höher. Der Tagebau gliedert sich in verschiedene Betriebsteile mit Zuständigkeiten für Gewinnung, Verkipfung, Transport und Instandhaltung und den Sonderbetriebsteilen „vor Gewinnung“ und „nach Gewinnung“. Zum Tagebau gehören Bahnhof, Verwaltung, Sozialräume, Feuerwehr, Werkstätten, Materiallagerplatz, Sanitätsstation und die Betriebsüberwachung, die den Tagebau über Funk steuert.

Rheinbraun beschäftigt 15400 Mitarbeiter im Bergbau, dazu sind 8000 Menschen in RWE-Kraftwerken und 15400 in Zulieferbetrieben beschäftigt. Im Tagebau Hambach arbeiten 1400 Menschen. Kontinuierliche Arbeiten werden von

diesen intern durchgeführt, nicht-kontinuierliche Arbeiten werden an Fremdfirmen vergeben. Auch die Rolle als großer Arbeitgeber in der Region erhöht die Akzeptanz gegenüber Rheinbraun.

Die RWE-Kraftwerke

Die Braunkohle im Tagebau Hambach besitzt einen Schwefel-Anteil von 0,3%. Dieser Anteil ist im Vergleich zur Braunkohle in den „Fünf neuen Ländern“ sehr gering. Braunkohle hat aber nur ein Drittel des Heizwertes von Steinkohle, wird also in größeren Mengen verbraucht. Das Kraftwerk Nieder-Aussem, größtes Braunkohlekraftwerk der BRD, verbraucht 44000 Tonnen Braunkohle pro Tag. Die eine Hälfte des Schwefels landet in der Asche, die andere Hälfte in den Abgasen, in denen wiederum 95% des Schwefels durch Naß-Entschwefelung entzogen werden können. So bleiben immer noch 3,3 Tonnen Schwefel pro Tag.

Die Asche und der Gips werden bisher wieder verkippt, was nach den Angaben von Rheinbraun ungefährlich sein soll, in Zukunft soll der Gips aber eventuell als Rohstoff genutzt werden. Allein das Kraftwerk Nieder-Aussem benötigt 155000 m³ Kühlwasser pro Tag. Dampf und Abwärme werden bisher nur in unmittelbarer Kraftwerksnähe genutzt: für eine Fischzuchtanlage und eine Treibhausanlage. Der Wirkungsgrad in den thermischen Kraftwerken liegt bei 37-38%. An neuen Kraftwerken mit besserer Ausbeute durch Wirbelschichtfeuerung wird zur Zeit experimentiert.

Zwischenbilanz

Nach diesen möglichst sachlich gehaltenen Hintergrundinformationen zum Thema Braunkohlebergbau soll in den nächsten Abschnitten auf die sozialen und ökologischen Probleme eingegangen werden, die von außen nicht immer so einfach zu beurteilen sind. Daher haben wir uns im Rahmen unserer Reise auch zwei verschiedene Positionen angehört. Am Anfang stand der professionelle PR-Auftritt eines Rheinbraun-Mitarbeiters. Die PR-Abteilung von Rheinbraun residiert im malerischen Schloß Paffendorf. Man sieht das Geld und soll es wohl auch sehen: Es gibt ein Museum, einen gepflegten Schloßpark, immer wieder kulturelle Veranstaltungen und regelmäßig das Angebot offener Busfahrten (jeder kann kommen) durch den Tagebau. Für Führungen braucht man vier Monate Voranmeldezeit. Nach erläuternden Worten vor den Schautafeln im Schloß führen wir zu rekultiviertem Gelände am Tagebau Fortuna, an der Bundesstraße entlang zum Tagebau Hambach, durch diesen auf der obersten Sohle zur Sophienhöhe hinauf, zu einem der neuen umgesiedelten Dörfer und wieder zurück zum Schloß.

Anschließend führen wir in das Dorf Venrath, das im Planungsgebiet Garzweiler II liegt. Obwohl die Abbaugenehmigung für das Gebiet noch nicht erteilt ist, wirkt die Atmosphäre im Dorf bedrückend. Im Dorfgasthaus, trafen wir Gerd May, einen Landtagsabgeordneten der Grünen. Als derzeitiger umweltpolitischer



Sprecher der Grünen in Nordrhein-Westfalen, früheres Mitglied des Braunkohleausschusses beim Regierungspräsidenten in Köln und Mitglied der Bürgerinitiative gegen Rheinbraun – außerdem stammt er aus der Gegend – konnte er uns eine andere Perspektive vermitteln, die sich teilweise deutlich von der Rheinbraun-Darstellung unterschied. Nach einer kurzen Fahrt durch Schwalm-Feuchtgebiete – um uns einen Eindruck zu verschaffen – verließen wir das Rheinische Revier. Im folgenden sollen soziale und ökologische Probleme aus beiden Perspektiven gesehen und dargestellt werden.

Soziale und kulturelle Folgen des Tagebaus

Gebäudeschäden

Das Abpumpen des Grundwassers macht Hohlräume frei, in die das Deckgebirge hineinsinkt. Es kommt zu großräumigen Gebäudeabsenkungen. Der Ort Paffendorf ist zum Beispiel um 2,38 Meter abgesackt. Es entstanden keine Gebäudeschäden, da der Ort auf einer Scholle erbaut ist, die als Ganzes absinkt. Die einzelnen Schollen sind durch Verwerfungen getrennt, so daß sie unterschiedlich stark absinken können. Es kommt zu Verschiebungen von Schollen gegeneinander, Sprünge entstehen. Bei Orten, die auf Verwerfungen liegen, sind daher schon ganz erhebliche Gebäudeschäden aufgetreten. Bei einfachen Wohnhäusern werden die Besitzer entschädigt, bei einigen historisch und kulturell wertvollen Gebäuden wurden Maßnahmen zur Erhaltung der Bausubstanz ergriffen, das Gebäude zum Beispiel auf Stelzen gestellt. Der Rheinbraun-PR-Mann wies mit gewissem Stolz darauf hin, daß man sich dies einiges kosten lasse: Imagepflege eines Großbetriebes.

Früher gab es Probleme mit der Beweislast, aber Rheinbraun ist mittlerweile kulanter, um die Kommunen bei Laune zu halten. Juristisch ist die Position der Bewohner und Kommunen schlechter als beim Steinkohlebergbau.

Umsiedlung

Befindet sich eine Siedlung in der zukünftigen Abbaufäche, muß sie umgesiedelt werden. In der Nachkriegszeit wurden 72 Dörfer mit 29000 Einwohnern umgesiedelt. Die Bürger sind in

das Genehmigungsverfahren einbezogen, ist aber die politische Entscheidung der Landesregierung gefallen und der Tagebau genehmigt, so kann der einzelne Bürger die nachfolgenden Schritte nicht mehr aufhalten. Es bestehen keine rechtlichen Möglichkeiten mehr. Rheinbraun sieht bei der Umsiedlung keine Finanzprobleme (zumindest nicht für sich), sondern eher soziale Probleme. Besonders älteren Bewohnern ist mit Geld nicht mehr zu helfen, aber der Tagebau ist nicht aufzuhalten. Die Umsiedlung erfolgt natürlich in Gebiete, die nicht ausgebeutet werden sollen.

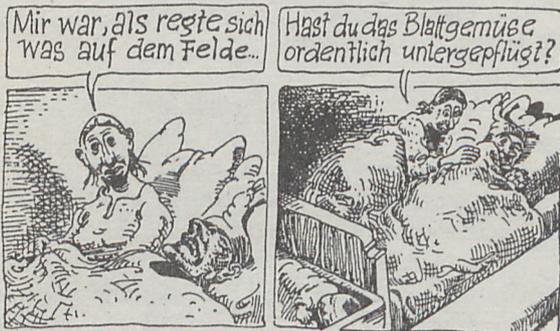
Die Häuser von Eigenheimbesitzern werden durch einen Architekten als Gutachter auf ihren Verkehrswert bei Weiterverkauf geschätzt. Besteht keine Einigkeit über den Verkaufswert, steht dem Hausbesitzer eine Pauschalsumme zur Beauftragung eines zweiten Gutachters oder eines Rechtsbeistandes zur Verfügung. Kommt es tatsächlich zu zwei unterschiedlichen Kostenvorschlägen, wird eine Einigung gesucht. Scheitert der Vergleich, wird ein Enteignungsverfahren durch das Land Nordrhein-Westfalen eingeleitet. Rheinbraun räumt ein: bei gütlicher Einigung stellt man sich finanziell besser. Seit zehn Jahren gab es keinen Prozeß mehr.

Der Standort für die Umsiedelung wird für die Mehrheit der Bevölkerung ausgewählt, der einzelne kann aber auch Sonderwünsche äußern. Die alten Ortsbezeichnungen und Straßennamen werden an den neuen Standort mitgenommen. Die Sozialstruktur des alten Ortes soll übernommen werden. Rheinbraun wendet für Bergbaufolgeschäden, worunter auch die Umsiedlungsmaßnahmen fallen, 18% ihres Ertrages auf. Aus der Sicht der Bürgerinitiative gegen Rheinbraun stellen sich die Umsiedlungsmaßnahmen anders dar. Im Gebiet des Tagebaus Hambach sind viele Bürger vom RWE und Rheinbraun abhängig, weil es sich um ihren Arbeitgeber handelt. Das erhöht die Akzeptanz.

Im Gebiet von Garzweiler II müssen 30 Dörfer umgesiedelt und abgebaggert werden. Die Abhängigkeit von Rheinbraun ist hier geringer, so daß mehr Protest auftritt: Man will größtenteils nicht umsiedeln und hat auch noch gewichtige ökologische Argumente auf seiner Seite. Der Protest wird auch von Heimatvereinen und Kirchen gestützt. Das erste Mal in der Geschichte des Braunkohletagebaus formierte sich massiver Widerstand.

Wie verläuft die Realität der Umsiedlungen?

Etwa zehn Jahre vor dem geplanten Abbaubeginn, noch in der Planungs- und Antragsphase, an deren Ende erst die Genehmigung erfolgen soll, beginnen die betroffenen Orte schon zu sterben: Es wird nicht mehr neu gebaut, junge Leute ziehen aufgrund der Perspektivlosigkeit weg, nur Ausländer und Asylanten, die nur vorübergehend bleiben wollen bzw. dürfen, ziehen her, es wird nicht mehr investiert, Gewerbe siedelt sich nicht mehr an und Rheinbraun kauft teilweise schon leerwerdende Häuser auf, weil das später billiger kommt. Vor der Genehmigung des Tagebaus Inden besaß Rheinbraun schon 80% des Landes. Auch die Umsiedlungsflächen werden von Rheinbraun gekauft und wieder verkauft, so daß die Spekulation blüht. Bei der Umsiedlung muß jeder Betroffene einzeln mit Rheinbraun verhandeln.



Das führt zu einer Entsolidarisierung und Mißtrauen, da keiner weiß, was der andere für sein Haus bekommen hat. Rheinbraun sagt, daß der, der zuerst verkauft, am besten fährt. Man erhält nur den Verkaufswert des Hauses, was meistens nicht für einen äquivalenten Neubau ausreicht. Wer bauen will, muß sich neu verschulden. Die Umstellung für die Bevölkerung ist enorm. Die gewachsene soziale Struktur kann eben doch nicht übertragen werden. Für die Umsiedlung werden zwei Alternativstandorte angeboten. Die Auswahl der Standorte erfolgt nach Umfragen in der Kommune. Die Neubaugebiete sehen aus wie Musterhaussiedlungen mit einer bunten Mischung verschiedener Baustile. Mit dem alten Dorf hat dies nichts mehr gemein.

Ökologische Folgen des Tagebaus

Landwirtschaftliche Flächen

1908 wurde im Deutschen Reich eine Bodenwertskala (Bonitätsskala) eingeführt. Als oberster Wert wurde 100 angesetzt. Klimatisch begünstigte Gebiete können noch geringfügige Zuschläge erhalten. Dies trifft gleichermaßen auf die Magdeburger Börde, die Soester Börde und die Jülicher Börde zu. Die Jülicher Börde, in der sich die Tagebaue befinden, hat eine Bonität von 104. Wegen dieser sehr guten Bodenqualität wurden alle verfügbaren Flächen für intensive Landwirtschaft genutzt. Flußbegradigungen und Flurbereinigung schlugen schon vor dem Tagebau zu.

Nach dem Tagebau werden landwirtschaftliche Flächen wieder zu landwirtschaftlichen Flächen rekultiviert. Der vorher abgetrennte Löß wird mit dem Rückgabegerät bis zu zwei Metern Dicke wieder aufgebracht. Im Polderverfahren (Schlamm aufschwemmen) wird darauf noch eine weitere, einen Meter dicke Lössschicht abgelagert.

Sieben Jahre bewirtschaftet Rheinbraun die Fläche. Schadhafte Stellen werden ausgebessert. Mit Hilfe von Grünbewirtschaftung (z.B. Lucerne, die nach der Vegetationsperiode untergepflegt wird) wird in drei bis vier Jahren auf dem Neuland eine neue Humusschicht aufgebaut. Nach sieben Jahren wird das Land an umsiedelnde Landwirte nach dem Prinzip Bodenwert gegen Bodenwert abgegeben. Das Neuland hat eine um fünf bis sieben Prozentpunkte geringere Bonität als das Altland und reagiert sensibler auf Wetter und Regen sowie Bewirtschaftung mit schweren Maschinen. Beim Verkippen muß vor allem dieses Problem der Verdichtung



beachtet und vermieden werden. Während weiterer 18 Jahre nimmt Rheinbraun das Land zurück, wenn sich Fehler zeigen, und ist auch über diesen Zeitrahmen hinaus kulant. Eine Aufwertung der Landwirtschaftsfläche dürften die gegenüber dem Altland neu angelegten forstwirtschaftlichen Kultivierungen zwischen den Landwirtschaftsflächen bilden. Sie sollen den Wind brechen, die Optik verbessern und Tieren Schutz und Lebensraum bieten. Auch neue Biotope wurden angelegt, die mit Schlamm aus Altbiotopen geimpft werden, um dasselbe Leben dort anzusiedeln. Das Flüsschen Erft wurde um den Tagebau herum verlegt, nach Aussage der Rheinbraun ohne Vernichtung von Auenlandschaften, da diese schon früher der Landwirtschaft zum Opfer gefallen waren.

Forstwirtschaftliche Flächen

Dem Tagebau Hambach fällt ein ehemaliger preußischer Staatswald zum Opfer, der größte zusammenhängende Eichenwald der alten Bundesrepublik. Politische Gremien des Landes entscheiden darüber, wie rekultiviert werden soll. Vorgabe ist, das 70% des Waldbestandes in der Summe von Altwald und Neuanpflanzung ständig stehen bleiben müssen. Im Endeffekt soll die Waldfläche, die vernichtet wurde, dann an anderen Stellen wieder nachgewachsen sein. Rheinbraun hat bisher 1,5 bis 2 Millionen Bäume und Sträucher gepflanzt. Die eigene Forstabteilung umfaßt 62 Mitarbeiter. Ein Mischungsverhältnis von 80% Laubwald und 20% Nadelwald wird von der Landesregierung vorgegeben.



Zuerst die gute Nachricht:
Diese Motorsäge ist abgasarm und
absolut bleifrei!

Liebste Spielwiese der Forstleute scheint die Sophienhöhe zu sein. Die Erdkippe erhebt sich 204 Meter über das frühere Landschaftsniveau – mit Gipfelkreuz und schon teilweise rekultiviert. Damit man keinen Pionierwald benötigt, wird für die forstwirtschaftlichen Flächen eine magere Bodenmischung aus 70% Kies und 30% Löß drei bis fünf Meter dick aufgebracht. Auf diesen Forstkies kann direkt Endwald gepflanzt werden. Auf der Sophienhöhe wurden als Wind- und Sonnenschutz schnellwachsende Pappeln gepflanzt, die nach acht bis fünfzehn Jahren wieder fallen sollen. Dazwischen steht der Jungwald, der nach acht bis zehn Jahren ausgelichtet wird. Rehe und Wildschweine haben sich schon angesiedelt. Die rote Waldameise mußte umgesiedelt werden. Andere Insekten wurden durch angebohrte, für sie vorbereitete Baumstämme angelockt. Es gibt mehrere mit Ton abgedichtete Regenrückhaltebecken, die als Feuchtbereiche gestaltet sind. Das Wasser soll solange wie möglich auf dem Berg gehalten werden. Die Grobplanung wurde von den Behörden genehmigt. Es besteht Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten, denen auch Flächen überlassen wurden. In 15 Wetterstationen wurden Veränderungen für das Kleinklima, aber nicht für das Großklima festgestellt.

Welche Einflüsse aber ein See, eventuell von der Größenordnung wie der Chiemsee in Bayern, auf das Klima hätte, ist unklar. 73 km Wanderwege und zwei Rodelbahnen wurden auf der Sophienhöhe bisher angelegt. Bei der Fahrt über die Sophienhöhe kam mehrfach die nachdenklich stimmende Macher- und Schöpfermentalität zum Ausdruck, die viele Großtechnologiebefürworter beseelt.

Grundwasserentzug

Das umfangreichste und am schwierigsten zu bewertende Geflecht von Folgeerscheinungen wird durch das Abpumpen des Grundwassers hervorgerufen. Die Tiefe der drei Tagebaue Inden, Hambach (am Ende bis zu 400 Meter tief), Garzweiler I (bis 250 Meter tief) macht es erforderlich, in den Sumpfungsgalerien enorme Mengen an Grundwasser abzupumpen. Am Tagebau Hambach sind 700-800 Pumpen verschiedener Größe in Betrieb, mit Förderungsleistungen von 32000 Litern pro Minute bei den größten und 1000 Litern pro Tag bei den kleinsten Pumpen. Insgesamt werden jährlich 700 Millionen Kubikmeter Grundwasser gefördert und dies soll bis zum Jahr 2030 in diesem Stil fortgeführt werden, bis der Tagebau Hambach ausläuft. Der größte Teil

des Wassers wird ungenutzt in den Rhein abgepumpt. Ein kleiner Teil wird für den Tagebau, die Wasserversorgung von Orten, deren Wasserwerke trockengefallen sind oder als Ersatz für Uferfiltrat (für Düsseldorf 30 Millionen Kubikmeter), für die Industriebetriebe als Ersatzwasser und für die RWE-Kraftwerke als Kühlwasser (allein 155000 m³/Tag für Nieder-Aussem). Durch die Grundwasserabsenkung entstehen riesige sogenannte Sumpfungstrichter, aus denen das Grundwasser entzogen worden ist. Die daraus entstehenden Gebäudeschäden wurden schon erwähnt. Im Anschluß daran sind vor allen Dingen die Folgen für die Vegetation im Einzugsgebiet des Sumpfungstrichters um den Tagebau herum von Interesse.

Im Bereich des Tagebaus Hambach ergab sich folgender Eindruck: Pflanzen, die auf Grundwasser eingestellt sind, stellen sich um und wachsen langsamer oder sterben ab. Es werden nicht auf Grundwasser angewiesene Gehölze nachgepflanzt. Man kann sehen, daß sich die Artenvielfalt verringert, aber nicht die in den schlimmsten Szenarien befürchtete Versteppung eintritt.

Die katastrophalen Folgen des Tagebaus Garzweiler I, die sich durch Garzweiler II als Erweiterung noch verschärfen würden, wurden vom Rheinbraun-Referenten schamhaft verschwiegen, so daß hierzu die Darstellung unseres zweiten Referenten Gerd May wiedergegeben werden soll: In den Sumpfungsgalerien von Garzweiler I werden jährlich 90 Millionen m³ Grundwasser abgepumpt. 80% davon fließen ungenutzt in Rhein, Ruhr und Erft. Nur die restlichen 20% werden genutzt. Der Grundwasserentwässerungs- oder Sumpfungstrichter steigt bis zur obersten Grundwasserschicht an. Allein bei Garzweiler I reicht die betroffene Zone schon bis in die Niederlande hinein. Bedroht sind die wertvollen vernetzten Feuchtgebiete des Naturparks Maas-Schwalm-Neppe im Nordwesten von Garzweiler. Im Naturpark gibt es ausgedehnte Sumpfbereiche und Erlenbruchwälder, die im Sumpf stehen. Die Gebiete bieten etlichen „Rote-Liste-Arten“ eine Heimat und haben dadurch europaweite Bedeutung. Die Gebiete stehen teilweise dauernd unter Wasser, sind also grundwasserabhängig und würden bei einer Grundwasserabsenkung zerstört werden. Experten-Gutachten bescheinigen, daß schon Grundwasserabsenkungen im Dezimeter-Bereich für dieses Ökosystem tödlich wären. Tiere und Pflanzen sind auf die bestehenden Verhältnisse eingestellt und können selbst geringste Veränderungen nicht verkraften.

In Folge von Garzweiler I sind in Teilen des Nationalparks und außerhalb des Parkes Schäden an der Ökologie feststellbar. So ist zum Beispiel die Quelle des Maas-Nebenflusses Niers wegen Wassermangel schon kilometerweit nach Norden gewandert.

Es laufen Beweissicherungsverfahren. Gutachter der Kommunen halten den Status quo fest, um nachher negative Veränderungen nachweisen zu können. Auch der Umweltminister von Nordrhein-Westfalen ließ ein Gutachten erstellen. Es existiert ein Konzept, in Garzweiler I abgepumptes Wasser in schon jetzt trockengefallenen Gebieten wieder zu versickern, eine sehr zweifelhafte Lösung. Falls Garzweiler II als Erweiterung von Garzweiler I genehmigt wird, wird sich der Sumpfungstrichter noch weiter in die Niederlande und den Nationalpark ausdehnen.

Wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, wäre der Nationalpark damit verloren. Aber auch die vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen könnten den Park vermutlich nicht retten. Rheinbraun will auf jeden Fall an die Kohle und kalkuliert wohl auch die Zerstörung des Nationalparks mit ein. Es ist sehr zweifelhaft, daß mit den Maßnahmen das Problem gelöst werden kann, eher dienen sie als Beruhigungsstrategie auf dem Weg zur Erlangung der Abbaugenehmigung.

Rheinbraun schlägt folgende Möglichkeiten vor:

1. abgepumptes Wasser in trockengefallene bzw. vom Trockenfallen bedrohte Gebiete zu pumpen
2. Versickern von abgepumpten Grundwasser in Sickerschlitzgräben in betroffenen Gebieten
3. Einpumpen von abgepumpten Grundwasser in die betroffenen Gebiete durch Infiltrationsschlitzgräben

Kritik an diesen Vorschlägen:

- Es handelt sich um kleinräumige Lösungen.
- Das Sumpfungswasser ist von schlechter Qualität: Chlorid- und Carbongehalt sind zu hoch und das Wasser ist zu warm, weil es aus großer Tiefe abgepumpt wird.
- Die technische und wirtschaftliche Machbarkeit dieser Lösungen ist umstritten.

Die Kommunen fordern eine großräumige Lösung: Sie sind für eine Tiefinfiltration von abgepumpten Wasser in Tagebaunähe, um die Flanken des Sumpfungstrichters steiler zu machen und den Grundwasserstand hinter dem Tagebau konstant zu halten. Solche großräumigen Lösungen sind aber sehr teuer. Den Bürgerinitiativen wäre es natürlich am liebsten, Garzweiler II ganz zu verhindern. Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Mathiessen fordert, daß der Nationalpark in seiner Substanz erhalten bleibt. Was heißt das aber und wie eng wird man sich an diese Linie halten?

Der Braunkohleausschuß besteht aus Vertretern von Kommunen, Verbänden, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Gewerkschaften und Landwirtschaftskammer. Er ist nach Aussage von Gerd May stark von Rheinbraun beeinflusst. Auch über die längerfristigen Folgen der Grundwasserabsenkung, beispielsweise nach Auslaufen des Tagebaus im Rheinischen Revier, gab uns Gerd May Fakten und Denkanstöße: Die Erft-Scholle, eines der größten Grundwasser-Reservoirs der Bundesrepublik, ist schon zu zwei Dritteln leergepumpt. Das zusammenhängende Gebiet von Erft-, Wendorf- und Rur-Scholle enthält die drittgrößten Grundwasservorräte der Bundesrepublik.



Durch die Sumpfungsgalerien wird die Fließrichtung umgekehrt. Das Wasser fließt nicht mehr in Richtung Vorfluter (Fluß, Bach), sondern wird in Richtung Tagebau gezogen, sogar aus den Niederlanden wird Wasser abgezogen. Hier liegt auch ein ethisches Problem vor: Rheinbraun darf Unmengen an Grundwasser ohne Nutzung abpumpen, ohne dafür zu bezahlen. 200-300 Jahre wird es nach Ende des Tagebaus dauern, bis sich der Grundwasserspiegel regeneriert hat. In den vom Tagebau durchwühlten Erdschichten sind die Grundwasserstockwerke für immer zerstört.

Das Wasser des projektieren Sees wird durch die durchmischen Schichten kontaminiert und hat daher keine Trinkwasserqualität. Um den See und den Grundwasserspiegel schneller auffüllen zu können, wurde ein Stichkanal zum Rhein angedacht. Die Folgen sind aber noch nicht abgeschätzt.

Viele Wasserwerke von Kommunen sind durch den Tagebau trockengefallen. Die Orte erhalten Sumpfungswasser von Rheinbraun als Ersatzwasser. Aber die Qualität ist schlecht und Abhängigkeit von Rheinbraun entsteht. Einzelne Biotope sind auf Versickerung vom Sumpfungswasser angewiesen. Was wird mit Wasserwerken und Biotopen geschehen, wenn Rheinbraun abzieht und kein Sumpfungswasser mehr abgepumpt wird?

Emissions-Problematik

Die Schwefel-Emissionen wurden oben schon angesprochen. Die Entschwefelung arbeitet recht gut, die Entsorgung der Gips-Asche-Mischung aus Abgas-Naßentschwefelung und Verbrennung der Kohle ist jedoch ein Problem. Braunkohlegips hat keine gute Qualität und kann daher noch nicht restlos verwendet werden. Nach Erkenntnissen des Regierungspräsidenten enthält die Gips-Asche-Mischung entgegen der Rheinbraun-Darstellung doch Schadstoffe, die ausgewaschen werden können und muß daher auf eine Deponie der Klasse IV verbracht werden.

Der Braunkohletagebau in den fünf neuen Ländern hat wegen der geringen Tiefe von 30-70 Metern, die andere Fördertechniken erlaubt, keine Probleme mit der Grundwasserabsenkung, sondern vor allen Dingen mit der Kraftwerkstechnologie. In den alten Ländern liegen die größeren Probleme in der Grundwasserabsenkung, während die Kraftwerkstechnologie verfügbar ist. Allerdings werden um das Jahr 2000 die Kraftwerke im Rheinischen Revier erneuerungsbedürftig. Sie sollen durch neue Kraft-

werke mit Kraft-Wärme-Kopplung oder Wirbelschichtfeuerung und Wirkungsgraden bis 80% ersetzt werden. Denn die CO₂-Problematik rückt immer stärker in den Blickpunkt. Vergasen und Verflüssigen der Kohle bilden keine Alternativen. Braunkohle ist der Energieträger mit der spezifisch höchsten CO₂-Emissionsrate. Außerdem sind die Vorräte begrenzt, wenn auch sehr groß, und von einem idealen Energieträger kann bei einem nicht regenerativen Energieträger sowieso nicht die Rede sein.

In Zukunft muß umgedacht werden. Unsere Energiewirtschaft muß umstrukturiert werden. Auf diese Art kann man vom Nachdenken über Garzweiler II eine Linie zu aktuellen Energiewendeszenarien ziehen. Im Gespräch mit einem Landtagsabgeordneten der Grünen liegt diese Gedankenverbindung durchaus nahe, während beim Gespräch mit einem Rheinbraun-Mitarbeiter Welten zwischen dem Braunkohle-Tagebau und Kritik an der Energiewirtschaft liegen, hinter der zu einem wesentlichen Teil das RWE als Muttergesellschaft von Rheinbraun steht.

Gibt es Alternativen zur Braunkohle bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Atomkraft?

Die Grünen-Position – durch ein Gutachten abgesichert – zur Braunkohle ist folgende: Bisher sollte eine Jahresfördermenge von 120 Millionen Tonnen möglich sein, de facto wurde weniger gefördert. Bis 2010 kann die Fördermenge von 120 Millionen Tonnen jährlich garantiert werden, ohne daß ein neuer Tagebau angestochen wird. Danach müßten Garzweiler II und Hambach II eröffnet werden. Forderung der Grünen ist, keinen weiteren Tagebau mehr anzustechen und nur noch den Tagebau Hambach I mit 60 Millionen Tonnen Jahresförderung bis 2060 auslaufen zu lassen.

Nach einem Gutachten des Öko-Institutes ist dies möglich, da der Ausstieg aus der Kernenergie kurzfristig wirksam wird, der Braunkohle-Ausstieg aber erst längerfristig.

Nach dem Energiewende-Szenario ist aber gleichzeitig das größte Potential, die Energieeinsparung, zu nutzen und ein offensives Konzept zur Einführung regenerativer Energien durchzuführen. Dafür müssen über Bundesgesetz erst einmal bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, z.B. durch eine andere Strukturierung der Energiepreise. Es bestehen einige ökologisch fundierte Szenarien, die von der Enquete-Kommission „Klimaschutz“ befürwortet werden,

aber noch weit von ihrer Verwirklichung entfernt sind.

Fazit

Der Tag im Braunkohlerevier vermittelte wichtige Einblicke in die ökologischen und sozialen Probleme der Region, sowie in die Mechanismen von Realpolitik und Energiewirtschaft in der Bundesrepublik.

Treff Angepaßte Technologie

Martin Honsberg

Klaus Dapp



"Ich heiße Kurt. Aber alle nennen mich Kuttel."

Studienpreis für Beschäftigung mit umwelt- und sozialverträglicher Technologie

Der Treff Angepaßte Technologie (TAT) e.V., eine Gruppe, die sich für umwelt- und sozialverträgliche Technologie insbesondere an der TH Darmstadt und FH Darmstadt einsetzt, hat in Zusammenarbeit mit den beiden ASten für dieses Semester zum fünften Mal einen Förderpreis für Studienarbeiten ausgeschrieben, die zu der Entwicklung einer sozial gerechten, umweltbewußten und ökologisch handelnden Gesellschaft beitragen können. Angesprochen sind dabei StudentInnen aller Fachbereiche und Fachgebiete, an der THD und FHD. Der TAT verspricht sich von diesem Förderpreis insbesondere, daß klar wird, in welcher vielfältiger Weise die StudentInnen Themenstellungen bearbeiten, die sich mit so drängenden Krisenkomplexen Umwelt, Wirtschaft und Sozialleben beschäftigen. Hierzu sind bereits vier Broschüren mit den Kurzfassungen der in den letzten vier Jahren eingereichten Arbeiten erschienen. Sie sind in den Büros der ASten für DM 3,- zu erhalten. Der Ausschreibungstext:

Förderpreis für Studienarbeiten die zu der Entwicklung einer sozial gerechten, umweltbewußten und ökologisch handelnden Gesellschaft beitragen können.

Der Preis wird vom TAT an der TH und FH Darmstadt ausgelobt. Die Schirmherrschaft über diesen Studienpreis haben der Präsident der THD, Prof. Böhme, und der Rektor der FHD, Prof. Kremer, übernommen. Die ASten der TH und FH unterstützen die Preisvergabe finanziell und organisatorisch.

Beschreibung und Zielsetzung des Förderpreises

Umwelt, Wirtschaft und Sozialbereich sind in zunehmenden Maße von Krisentendenzen gekennzeichnet, die mit den bisher vorhandenen Methoden nicht gelöst werden konnten. So wird die Umweltkrise gekennzeichnet durch die Stichworte: *Verschwendung von Rohstoffressourcen, Waldsterben, Bodenerosion, Bodenvergiftung, Wasser- und Luftverschmutzung.*

Auch aus der Wirtschaft sind die Stichworte allzu bekannt:

Arbeitslosigkeit, Rationalisierungseffekte und Arbeitsplatzbedingungen, Störanfälligkeit zentraler Strukturen, Hunger auf der einen und Sättigung auf der anderen Seite, andauernde Aufrüstung in allen Ländern, Verlust der politischen und ethischen Kontrolle über technische Entwicklung.

Auf der Ebene des Soziallebens gibt es durchaus vergleichbar besorgniserregende Entwicklungen:

fehlende bzw. abnehmende zwischenmenschliche Beziehungen, Einschränkung der Persönlichkeitsrechte durch staatliche und technische Entwicklungen, Sinnentleerung der Arbeit, starke Spaltung von Wohnen, Arbeit und Freizeit, zivilisationsbedingte Krankheiten, die Kommerzialisierung sozialer Aufgaben durch anonyme Organisationen (z.B. Integration der Alten, der Kinder, der Jugendlichen und der sozialen Randgruppen.)

Zur Bewältigung dieser Krise fällt der Hochschule innerhalb der Gesellschaft eine wichtige Rolle zu. Als eine der wenigen nicht gänzlich interessengebundenen Institutionen ist sie gefordert, vor bestehenden Fehlentwicklungen zu warnen und längerfristige Perspektiven zu entwickeln. Sowohl problemorientierte, fachübergreifende Zusammenarbeit, die die gesellschaftlichen und ökologischen Randbedingungen miteinbezieht, als auch eine mensch- und umweltgerechte Gestaltung der Technik, sind notwendig.

Die Fächerstruktur von TH und FH Darmstadt bietet zum Themenkomplex Mensch – Technik – Umwelt eine gute Voraussetzung, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Insbesondere in der Lehre gilt es, die StudentInnen möglichst frühzeitig an diese Aufgaben heranzuführen, Studien- und Diplomarbeiten sollten hierzu Gelegenheit geben. Die Einrichtung dieses Preises soll daher:

- eine Einbeziehung der obengenannten **Krisenkomplexe** und eine **ganzheitliche Betrachtungsweise** fördern,
- die **Motivation** zu entsprechenden Arbeiten anregen,

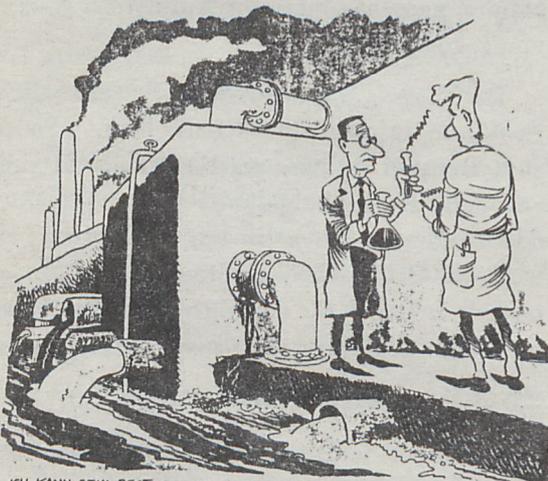
- einen Überblick über die verstreuten Aktivitäten an beiden Hochschulen verschaffen,
- den StudentInnen die Nachahmung ermöglichen und hierzu organisatorische Hilfestellungen geben,

und damit einen Beitrag zu einer sozial gerechten, umweltbewußten und ökologisch handelnden Gesellschaft leisten.

Ausschreibung

Wir suchen studentische Arbeiten, die zu der Entwicklung einer sozial gerechten, umweltbewußten und ökologisch handelnden Gesellschaft beitragen. Kriterium für die Auszeichnung einer Arbeit ist ihre Originalität und ihr Bezug zur Zielsetzung des Preises. Die Bearbeitungszeit wird nicht vorrangiges Kriterium sein (d.h. es können sowohl Diplomarbeiten als auch Seminarvorträge und Studienarbeiten ausgezeichnet werden).

Arbeiten, die nur einen Teilaspekt behandeln, können auch ausgezeichnet werden. Unter studentischen Arbeiten verstehen wir Studienarbeiten, Projektarbeiten, Entwürfe, Diplomarbeiten oder vergleichbare Arbeiten, die im Rahmen eines Studiums an der TH oder FH Darmstadt entstanden sind.



ICH KANN BEIM BESTEN WILLEN KEINE ERHÖHUNG DER WERTE FESTSTELLEN.
SIE SIND GENAU SO WIE LETZTE WOCHE.

Preisgelder

Die Preisgelder werden über Einzelspenden zusammengetragen. Für dieses Jahr stehen 2000,- DM zur Verfügung. Da der Preis auch in Zukunft vergeben werden soll, können Spenden auf das Konto: Treff Angepaßte Technologie, Wüstenrot Bank AG Darmstadt, BLZ 604 200 00, Konto-Nr.: 9600 865 100, Stichwort „TAT-Förderpreis“

überwiesen werden. Diese Spende ist abzugsfähig und wird mit einer Spendenquittung bestätigt.

Teilnahmebedingungen

Teilnehmen können alle StudentInnen und AbsolventInnen aller Fachbereiche der TH und FH Darmstadt, die in der Zeit vom 31.07.1990 bis 01.08.1991 eine studentische Arbeit erstellt haben. Die Arbeit muß bis zum 01.08.1991 beim TAT vorliegen. Die Arbeit soll in zwei vollständigen Exemplaren eingereicht werden. Sondervereinbarungen sind möglich. Zusätzlich muß eine ca. drei Seiten umfassende Kurzfassung mitingereicht werden, aus der auch hervorgeht, welche Bedeutung die Arbeit im Sinne der Ausschreibung hat.

Der Name der StudentInnen, Thema und Kurzfassung dürfen durch den Auslobenden veröffentlicht werden. Der Preis wird von der Jury vergeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Jury

Die Jury besteht aus: Prof. Dr. Alexander Roßnagel (FHD), Dr. Gerhard Möller (Stiftung Mittlere Technologie), Klaus Dapp (THD), Bernd Schimpf (FHD), Prof. Dr. rer. nat. Hans Strack (THD), Prof. Dr. Peter Hennicke (Öko-Institut Freiburg), Prof. Barbara Mayer (FHD), Prof. Dr.-Ing. E.H. Kurt Oeser (Umweltbeauftragter der EKD), Dr. rer. nat. Michael Deneke (THD), Dipl.-Ing Hartmut Weber (DGB).

Bewerbungsunterlagen

Die ausführlichen Bewerbungsunterlagen sind ab Beginn des Sommersemesters '91 in den ASten der FH und TH Darmstadt erhältlich. Auch für die nächsten Jahre ist eine Vergabe dieses Preises geplant.

Auswertung

Eines der wichtigsten Ziele des Förderpreises soll ja erklärtermaßen sein, einen Überblick über die verstreuten Aktivitäten an den beiden Hochschulen zu ermöglichen und die StudentInnen zur Nachahmung zu ähnlichen (Studien-) Arbeiten anzuregen. Um dies zu erreichen, soll nach der Preisvergabe wieder eine Dokumentation über alle eingereichten Arbeiten veröffentlicht werden, aus der hervorgeht, welche Themen in welchem Fachgebiet unter welchen Betreuern bearbeitet wurden.

Auf der Suche nach neuen Strukturen

Interview mit einem tschechoslowakischen StudienInnenvertreter

Anfang des Semesters tauchte er plötzlich im AStA auf: Laco Szabo von der STU (Technische Universität) Bratislava, und wollte sich über die studentische Selbstverwaltung bei uns informieren. Er studiert Maschinenbau und engagiert sich bei der StudentInnenvertretung der Slowakei. Diese Gelegenheit haben auch wir genutzt, um uns aus erster Hand über die ‚Revolution‘ in der CSFR zu informieren.

Rolle der Studis bei der ‚Revolution‘

Bis zum November '89 war die StudentInnenvertretung Teil der Jugendorganisation der Sozialistischen Partei. Man durfte Feste organisieren, eine zensierte Zeitung herausgeben, verschiedene andere ‚Service-Leistungen‘ bieten und ansonsten den Mund halten. Am 17.11 demonstrieren dann nach einem offiziellen Fest zum ‚50. Jahrestag des Protests gegen die Nazis‘ 100.000 Menschen in den Straßen von Prag gegen die Regierung, bei den Übergriffen der Polizei gibt es 350 Verletzte und „erstaunlicherweise keine Toten“.

Am darauffolgenden Tag streiken in Prag die StudentInnen und SchauspielerInnen, einen Tag später schließen sich auch die Studis in den anderen Großstädten dem Protest an. In der folgenden Woche nehmen die Demonstrationen zu und greifen auf weite Teile der Bevölkerung über. Die Studierenden erarbeiten Ziele und Forderungen, gehen in Fabriken, um die ArbeiterInnen zu aktivieren. Am 27.11. wird ein Generalstreik ausgerufen. Drei Tage später resigniert die Regierung gegen den Druck der Bevölkerung. Wie sich aus dem darauf folgenden Durcheinander der heutige Präsident Havel mit seinem ‚Bürgerforum‘ an die Spitze werkelte, ist eine längere Geschichte, die den Rahmen dieses Artikels sprengen würde.

Die studentische Selbstverwaltung

Seit der Revolution gehört es nun zu den Aufgaben der StudentInnenvertretung, bei der Erstellung der neuen Studienpläne und -ordnungen mitzuwirken. Dazu werden ihr erstaunliche Rechte eingeräumt: die Drittelparität (Profs, Mitarbeiter und Studierende haben je ein Drittel der Sitze) im ‚Akademischen Senat‘ (Fachbereichsrat) sichert eine echte Mitbestimmung der Studis, zumal Entscheidungen nur mit Zweidrittel-Mehrheit getroffen werden können. Auch die Zusammenarbeit der StudentInnen zwischen der verschiedenen Hochschulen scheint besser zu funktionieren als bei uns. Es gibt ein StudentInnenparlament für Slowenien, in das von den Studierenden ein ParlamentarierIn pro Fakultät aller slowenischen Hochschulen gewählt wird. Dieses Parlament ist recht gut mit Geld ausgestattet, das, man höre und staune, ausschließlich durch Spenden zusammengekommen ist.

Doch es gibt auch weniger erfreuliche Zustände in der Hochschulpolitik. So ist zum Beispiel jegliche politische Betätigung auf dem Hochschulgelände und im Namen der StudentInnenvertretung verboten, obwohl das Geld nicht vom Staat kommt. Interessant, daß auch für den Bürgerrechtler Havel und seine Regierung die Zensur nicht tabu ist.

Situation der Studierenden

Durch die Öffnung der Hochschulen entsteht eine schlimme Wohnungsnot, da auch vorher nicht genug Raum zur Verfügung stand. Viele können mangels Wohnung nicht studieren, da es kaum möglich ist, wie bei uns zu ‚pendeln‘: StudentInnen haben keine Autos, und es gibt kein so dichtes Netz von Hochschulstandorten wie in Deutschland.

Die Vorlesungszeit dauert 14 Wochen. Danach kommen sieben Prüfungswochen, in der fünf Prüfungen geschrieben werden müssen.

Mindestens vier davon sind zu bestehen; wer bei zweien durchfällt, darf sich nach einer Lehrstelle umsehen.

Mittlerweile ist die freie Auswahl des Studienfaches prinzipiell möglich. Allerdings wird diese Freiheit durch immer strengere Zugangsbeschränkungen (Abiturnote und/oder Aufnahmeprüfung) für viele wieder aufgehoben.

Veranstaltungen anderer Fachrichtungen außerhalb des strengen Lehrplans (über 50 Prüfungen und Scheine bis zum Abschluß) werden nicht benotet. Es bleiben keine Kapazitäten, um während des Studiums über den vielzitierten ‚Tellerrand‘ zu schauen.

Fazit

Der Unterschied der Studienbedingungen in der Bundesrepublik und in der CSFR scheint nur ein quantitativer zu sein, die Möglichkeiten der studentischen Selbstverwaltung sind teilweise sogar besser als bei uns. Hoffen wir, daß es den tchechischen StudentInnen gelingt, gegen die verkrusteten Strukturen in den Hochschulen anzukämpfen, ohne daß ihnen ihre Gleichberechtigung genommen wird. WIR haben es nicht geschafft.

(uf)

‚DeutschlehrerInnen‘ in der CSFR gesucht

In der Tchechoslowakei besteht nach der ‚Öffnung‘ großes Interesse, ‚westliche‘ Sprachen zu lernen. Das StudentInnenparlament in der Slowakei versucht die Nachfrage zu befriedigen, indem es am offiziellen, offenbar unzureichenden Angebot vorbei, solche Sprachkurse anbietet. Es sei gelungen, daß Engländer- und KanadierInnen, die anfangs kein Wort tchechisch sprachen, auch AnfängerInnenkurse für Englisch erfolgreich abgeschlossen haben. Genausowenig sei eine pädagogische Ausbildung notwendig.

Obwohl die Bezahlung für tchechische Verhältnisse sehr gut ist, kann man aus verständlichen Gründen keine Kohle für das Leben in Deutschland machen wie bei einem Ferienjob; andererseits wird ja ein kostenloser Aufenthalt mit allen finanziellen Möglichkeiten für ein ‚komfortables‘ Kennenlernen des Landes geboten. Für InteressentInnen:

Ort: Bratislava
Dauer: Ab 2 Monate aufwärts
Wohnung: Im StudentInnenwohnheim (Doppelzimmer)
Geld: 2500 Kronen (> Durchschnittslohn)
Arbeitszeit: Täglich drei Gruppen (AnfängerInnen, Fortgeschrittene und Konversation) je 1,5 Stunden
Lehrmaterial: Kann gestellt werden

Weitere Auskünfte: Nicht beim AStA, sondern direkt beim
studentsky parlament
Strojnicka fakulta STU
nam. Slobody 17
812 00 Bratislava/CSFR

Interdisziplinäres Kolloquium

„Technik, Gesellschaft, Natur“: Künstliche Natur

- 27.5.91, 20.00 Uhr
Hörsaal 36 im Schloß
**Entstehung von neuen Landschaften
im Rheinischen Braunkohlerevier**
Dr. Axel Stürmer, Landschaftsarchitekt, Rheinbraun AG
- 3.6.91, 20.00 Uhr
Hörsaal 36 im Schloß
Extraterrestrischen Kolonien?
Dr. W. Flury, ESOC Darmstadt
- 10.6.91, 20.00 Uhr
Hörsaal 36 im Schloß
Chirurgische Kunst am Herzen
Prof. M. Polonius, Dortmund
- 17.6.91, 20.00 Uhr
Hörsaal 36 im Schloß
**Menschen mit Prothesen –
Erfahrungen aus der Rehabilitation**
Dr. med. U. Schreiber, Frankfurt

Vortrags- und Diskussionveranstaltung über Güterverkehr

- 13.6.91, 16.15-17.45 Uhr
Raum 60/88
(LiWi/Architektur)
**Chancen und Grenzen der Verlagerung des
Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene**
S. Michaelsen, Abteilungsleiter Marketingplanung Märkte, DB

Ausgewählte Kapitel aus dem Verkehrswesen

- 23.5.91, 10.00-11.30 Uhr
Raum 60/88
(LiWi/Architektur)
Verkehrsberechnung mit EDV
(mit Programmvorführung)
Dipl.-Ing. Günther Höpp, Planungsbüro Retzko+Topp
- 6.6.91, 10.00-11.30 Uhr
Raum 60/88
(LiWi/Architektur)
**Verkehrskonzept Innsbruck –
Parkraumbewirtschaftung und Touristenverkehr**
Dipl.-Ing. Georg Skoupil, Planungsbüro Retzko+Topp
- 13.6.91, 10.00-11.30 Uhr
Raum 60/88
(LiWi/Architektur)
**Abschätzung des zukünftigen Verkehrs zwischen
Coburg und Thüringen**
Dipl.-Ing. Thomas Birkner, Planungsbüro Retzko+Topp

Verlust der Zeit – Leben in der Beschleunigungsgesellschaft: (Themenreihe SS '91 der KHG, ESG und des Instituts für Theologie & Sozialethik)

- 3.6.91, 20.00 Uhr
Raum 11/23
**Der Zeitbaum.
Der Zeitbegriff im Lichte der Chaostheorie**
Prof. Dr. Friedrich Cramer, Max-Planck-Institut Göttingen
- 12.6.91, 20.00 Uhr
Raum 36 im Schloß
**Kaufet die Zeit aus.
Das christliche Zeitverständnis als tiefere Ursache
der Umweltkrise?**
Prof. Dr. Dr. Günther Altner, Heidelberg

IANUS (Interdisz. AG Naturwissenschaft, Technik und Sicherheitspolitik) - Veranstaltungen

- 23.5.91, 10.40-12.10 Uhr **Kolloquium ‚Zerstörung und soziales Elend im Irak‘**
Schloßgartenstr. 9, Ein Augenzeugenbericht von Arend Wellmann
Raum 208 nach Beendigung der Kampfhandlungen im Irak
- 4.6.91, 11.00-16.30 Uhr **Seminar Raketen- und Kernwaffenteststopp**
Raum noch offen Dr. U. Reichert (Heidelberg), Dr. F. Solms (FEST Heidelberg),
Dr. U. Schelb (Paderborn)

Gay-Life – Schwul-lesbische Kulturtage

Mehr dazu im Artikel in diesem Heft!

- 11.6.91, 18 Uhr **Ausstellungseröffnung ‚Schwules Leben‘**
AudiMax-Foyer Die Ausstellung geht bis zum 21.6.
- 18.6.91, 16 Uhr **Diskussion ‚Homosexuelles Leben mit AIDS‘**
Raum 11/123 mit Martin Dannecker

Vorlesungsreihe

‚Computertechnik und Organisation im Alltag‘

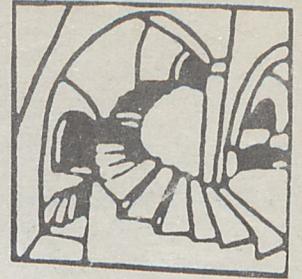
Prof. Dr. Ina Wagner, Inst. für praktische Informatik, TU Wien

- 3.6.91, 18-19.30 Uhr **Das postmoderne Szenario:**
Raum 11/9 **Künstlichkeit der Kommunikation**
- 4.6.91, 18-19.30 Uhr **Zwischen Wunscherfüllung und Realitätsverlust:**
Raum 11/9 **die Anziehungskraft des Maschinellen**
- 5.6.91, 18-19.30 Uhr **Offene Technologie? Computer und Frauen**
Raum 11/9
- 6.6.91, 18-19.30 Uhr **Computerfaszination und Militarismus:**
Raum 11/9 **Organisierte Unverantwortlichkeit?**

Nächste
StuPa-Sitzung
am Mittwoch, den 22.5.91
um 20 Uhr in 11/23

MAI Schloß-keller

ab 1. Mai erst ab 21 Uhr geöffnet



ÖFFNUNGSZEITEN: 21.00 - 1.00
EINLASS (BEI THEATERVER- ANSTALTUNGEN) 21.00 - 22.00
TELEFON: 06151 / 463117
MUSIK: GEORG, Do 19.00 - 21.00
THEATER: ANDREA, Do 18.00 - 19.00
WERBUNG: EDITH, Mo 18.00 - 19.00
POST AN: ASTA THD, HOCHSCHULSTR. 1, 61 DA

MI 22.5. SPVG. TURN & TAXIS

Kabarett 5,-

DO 23.5. JAZZ-SESSION

Eintritt frei

FR 24.5. SNOUT Rock'n'Roll

5,-

SA 25.5. SALSA-DISCO

2,-

MO 27.5. FRAUENDISCO

DI 28.5. DISCO

2,-

MI 29.5. DIE HARTEN HUNDE

Theater 5,-

DO 30.5. LATIN-REGGAE-RAI-

DISCO

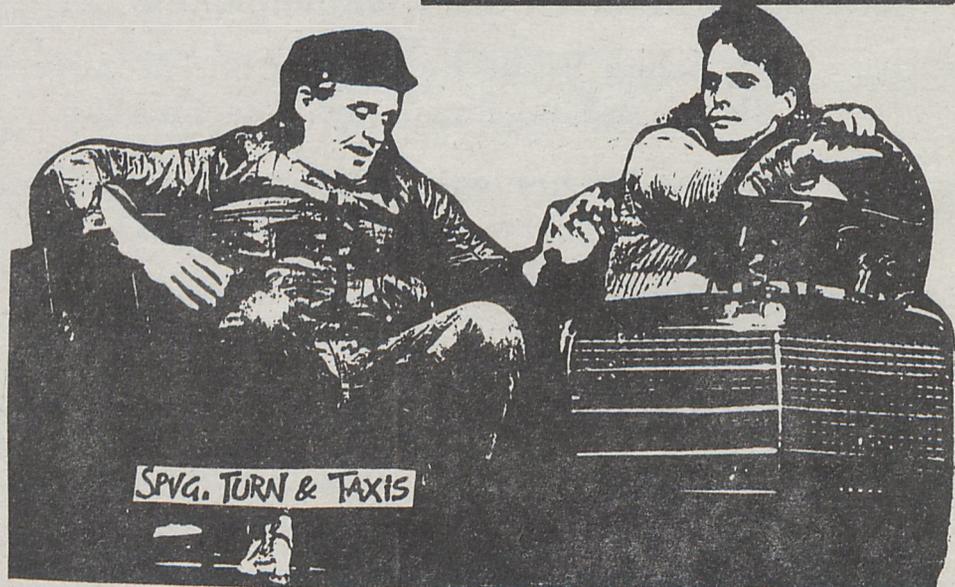
2,-

FR 31.5. geschlossen

SPVG. TURN & TAXIS "MIT DEM TAXI" MI 22.5.
ZWISCHEN ROCK UND REEFERFAHRI. EINE
IRRFABRT DURCH DEN DESHUNDEL DES GROSS-
STADT-NACHTLEBENS. DIE GESTALTER DES
NACHTLICHEN SPEKTAKELS SIND ZUHÄLFER,
POLIZISTEN, NUTTEN, KELLNER, TRANSVESTITEN
UND TAXIFAHREK.
KALLA NEFEL & CLAUD DETHLEFF

SNOUT SPIELT MUSIK DER 50ER UND
FRÜHEN 60ER JAHRE. ROCK'N'ROLL MIT
EINEM SCHUSS BLUES UND SWING. SONGS
VON CHUCK BERRY, EDDIE COCHRAN, BIG
JOE TURNER. Fr 24.5.

DIE HARTEN HUNDE EINE COMEDY-SHOW
BESTEHEND AUS MUSIK, TANZ MIT PARO-
DISTISCHER CHOREOGRAPHIE UND NONSENS.
JOACHIM SCHMIDT, PETER HAHN, KURT KATOLLA. Mi 29.5.



Das AStA-

Sozialreferat

informiert:

BAFöG-Beratung

Mi. 13.30-16.30

im Foyer (Glaskasten) der Mensa Lichtwiese

Sozial- und Wohnberatung

Di 10.00-11.30

im Büro des AStA (Altes Hauptgebäude)

Nächste

Lay-Out-Sitzung

des HochDruck:

am Donnerstag, den 6.6.91

um 18 Uhr im AStA.

Redaktionsschluß

am Mittwoch, den 5.6.91

Behinderte Studierende an der THD!

Vom 5.7. bis 7.7.91 findet in Berlin eine Tagung der ‚IG behinderter und nichtbehinderter Studenten‘ statt. Das Thema lautet: „1981-1991: Was hat die ‚UNO-Dekade der Behinderten‘ den Behinderten gebracht?“

Neben einer Filmveranstaltung und einer Podiumsdiskussion werden sich Arbeitskreise z.B. mit der Krüppelbewegung und studentische Initiativen damals (1981) und heute oder der doppelten Diskriminierung behinderter Frauen auseinandersetzen. Das Programm sieht auch breiten Raum für gegenseitiges Kennenlernen, Erfahrungs- und Meinungsaustausch vor.

Das genaue Programm und das Anmeldeformular (Anmeldeschluß 16.6.91, wer zuerst kommt, mahlt zuerst!) gibt es im AStA-Büro. Reisekosten können vom AStA getragen werden, behinderten-gerechte Unterkünfte werden von der Veranstalterin zur Verfügung gestellt.

Der überarbeitete! Terminkalender:

Öffnungszeiten der AStA-Büros:	
Büro Stadtmitte (Tel. 162117)	Mo-Fr 9.30-13 Uhr im Gebäude 11, Raum 50
Büro Lichtwiese (Tel. 163117)	Mo-Do 10.30-13.00 Uhr im ‚Glaskasten‘ in der Mensa
AStA-Termine:	
AStA-Sitzung	Mo 18 Uhr im AStA
BAFöG-Beratung	Mi 13.30-16.30 Uhr in der Mensa LiWi im ‚Glaskasten‘
Sozial- und Wohnberatung	Di 10.00-11.30 Uhr im AStA-Büro Stadtmitte
TAT-Umweltberatung	Di 11-13 Uhr in der Mensa LiWi, Raum 60
AStA-Rechtsberatung	nach Vereinbarung, Infos im AStA-Büro
Fachschaften-Plenum	Alle 3 Wochen Mi, 16.30 Uhr im AStA
AusländerInnen-Ausschuß	Fr 13 Uhr im AStA
Frauenreferat	Mi 19.30 Uhr im AStA
HochDruck-Redaktionssitzung	Do 18 Uhr im AStA
Hochschulgruppen:	
Juso-Hochschulgruppe	Di 19 Uhr im Juso-Keller (Geb.11)
LSD (Liberale Studenten Darmstadts)	Di 19 Uhr im „Barfög“ (ehem. Karlshof-Kneipe)
Internationale Liste	Di 19 Uhr im AStA
FACHWERK	Alle 2 Wochen Di 20 Uhr in der BI-Fachschaft oder AStA
Andere Gruppen und Initiativen:	
TAT (Treff Angepaßte Technologie)	Mi 19.30 Uhr im AStA
Pink & Purple	Dienstag 19 Uhr in 11/101
BUND-Jugendgruppe	Alle 2 Wochen Do 19 Uhr in 11/25
Sonstige Termine:	
ZIT-„Sprechstunden“	Mo 12-13 Uhr, Di 15-16 Uhr, Do 11-12 Uhr, Fr 9-10 Uhr im Gebäude 11, im ZiT
Andere Termine oder Terminänderungen werden im AStA-Büro angenommen!	

Achtung!
Die AStA-Sitzung ist verlegt auf
Montag, 18 Uhr